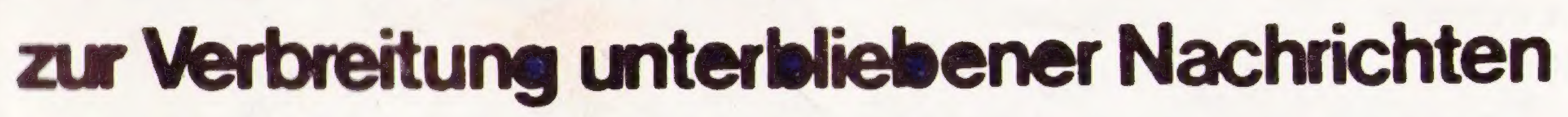
Informations-Dienst


zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 344 1. AUGUST 1980 2,50 DM (incl. 6,5% MwSt) D 1870 C

– – – – – rohrzange an lurchi! hast du neue erkenntnisse? – – – – – –

– – – – lurchi an rohrzange! jetzt kommt ein typ um die ecke,mit 'ner pudelmütze,lange haare – – – –

– – – – rohrzange an gamasche! er hat was in seiner manteltasche gesucht und dabei dauernd nach hinten gesichert; das is'n ganz schräger vogel, der dreht gleich was! – – – – – – – – – – –

VON DEN PRAKTIKEN DES STAATS–UND VERFASSUNGSSCHUTZES AM BEISPIEL HAMBURG, Seite 10

Detlef

KRAFTDRUCK

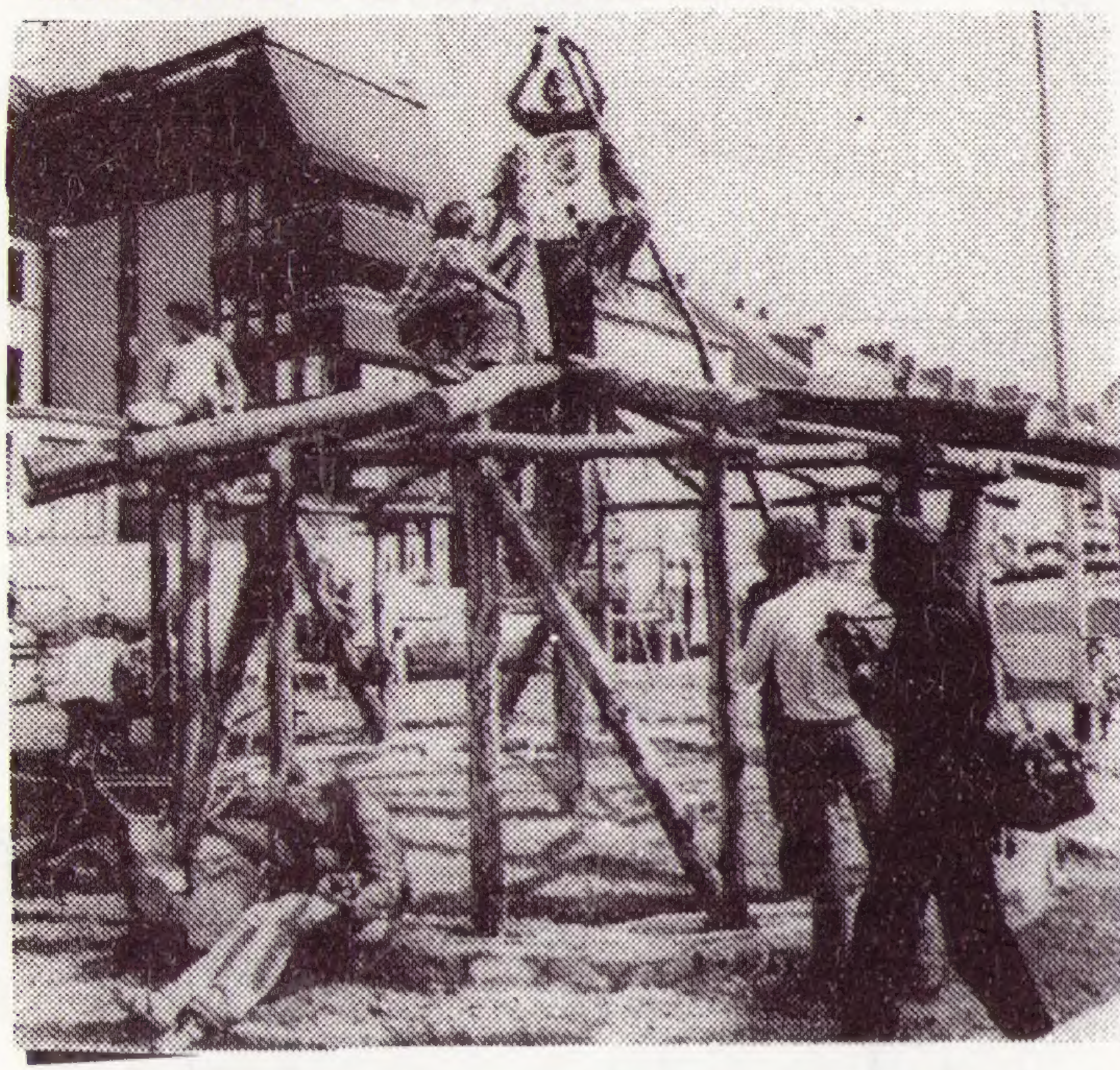
BULLE VARD

kurze kurze kurze kurze kurze kurze kurze kurze kurze

AN MEINE, MICH NERVENDEN MIT-
LAY-OUTER
ffm. 30. 8. 80 / 23.30 uhr
die id'ler sind alle verbrecher,
ihr herz ist ein finsteres loch
aber lieb, lieb sinn se doch
(d. setz.)

BOTSCHAFT FREIE REPUBLIK WENDLAND

Es gibt sie, die Botschaft der Wenden - in Bremen. Der Senat hat für ein Jahr Gelände zur Verfügung gestellt.



Richtfest der Botschaft der 'FREIEN REPUBLIK WENDLAND' am 24. Juli 1980 in Bremen;

Antimilitaristenmarsch in Spanien

Ein Antimilitaristenmarsch findet vom 10. bis 31. August 1980 in Spanien statt.
Der Marsch geht vom AKW Asco (Westspanien) über Reus, Valls, Tarragona, Barcelona quer durch Spanien bis zur US-Base Figueras.
Die Forderungen der Kriegsgener sind:
US–Basen raus aus Spanien
Gegen die militärischen Blöcke Warschauer Pakt und NATO und gegen den Eintritt Spaniens in die NATO
Mehr Informationen und Kontakt:

G.A.N.V.A.
Casal de Pau / Bruce 2 6, 2on/
Barcelona 10 (Paisos Catalans)

Knastmedizin Ruhrgebiet: An alle Gefangenen die uns geschrieben haben

Wenn das so weitergeht, dann müßt ihr uns bald aus einem Postberg ziehen. Echt, es kam 'ne Unmenge Post und deshalb erst mal eine Antwort an alle:

Seid nicht sauer, wenn Ihr ein wenig auf Antwort warten müßt, sie kommte bestimmt.
Seid nicht ungeduldig, wenn es am Anfang auf Grund mangelnder Erfahrung nicht so glatt läuft, wie es für Euch notwendig wäre.

Und dann noch was wichtiges:
Schreibt bitte *nicht per Einschreiben*, es ist schwer der Post ein Einschreiben abzunehmen, das auf keinen Namen aus-gestellt ist, vor allem, wenn die Gruppe, an die es gerichtet ist, nicht in üblicher Form, mit Eintragung und Vorstand organisiert ist. Und das hatten wir nicht vor, zumindest bis jetzt nicht.
Ihr könnt davon ausgehen, daß Eure Post beantwortet wird. Wir haben uns bemüht, eine vorläufige Regelung mit der Post zu finden, nur ist es im Moment noch nicht drin, daß Einschreiben nicht wieder an Euch zurückgehen, bitte schreibt dann nochmal.

Kontakt: Knastmedizin Ruhrgebiet
Eltinstraße 35 / 4300 Essen 1

TAUWIND KOSTENLOS

Tauwind ist eine kleine Flugschrift, die es sich zur Aufgabe stellt, Vereisungen (aller Art) in unserer Zeit ein kleines Gegengewicht entgegezusetzen, die Eisberge abzubauen, die Eisberge in den Hirnen und den Herzen. 'Tauwind' - Flugschrift für Freiheit, Anarchie, Chaos, -Eros, Wirklichkeit, Frieden Liebe' gibt es kostenlos gegen Porto bei:
Markus Rosenberg / Waldesruhweg 29
8372 Zwiesel



kurze kurze kurze kurze kurze kurze kurze kurze

ALTERNATIVE HEIMATKUNDE

Auf einer Radfahrt durchs Frankenland vom 24. - 30. 8. 80 soll alternative Heimatkunde *betrieben werden. Wen es zum Mitmachen reizt, wende sich an:*
Traumaland / Rainer Moritz / Mühlenstr. 63
6980 Wertheim

Wer will und kann eine LP machen?
Wir haben ein original Mastertape einer der bekanntesten und besten Gruppen Irlands samt allen Rechten zur Hand: von den „People of no property" aus Belfast & Derry. Eine der wenigen Bands in Irland, die nicht nur instrumentell gut sind, sondern die auch interessante und anspielungsreiche Texte haben, fast poetisch. Im Herbst wollen die „People" übrigens zur Tournee nach hier kommen. Also, wer kann und will und hat Ideen über Produktion und Vertrieb einer neuen Irland-LP?
WISK — 637 Oberursel 5 — Postfach 35 — Tel. 06171/73 212.

kurze kurze kurze kurze kurze



In Stuttgart haben einige Genossen von Juliane und Wolf-gang am 'Mahnmal gegen den Faschismus' Kränze und rote Nelken niedergelegt.

ZUM TODE JULIANE PLAMBECKS UND WOLFGANG BEERS
Berlin / Stuttgart 28. 7. 80

Juliane Plambeck und Wolfgang Beer, Mitglieder der RAF, verunglückten am Freitagmorgen, den 25. Juli.
Wie es zu dem Autounfall kam ist noch ungeklärt. Zur Zeit gibt es noch viele Gerüchte. Unabhängig von den Ursachen des Unfalls ist die Tatsache, daß zwei Menschen gestorben sind. Wie der Unfalltod, der doch sonst „Alltag" auf den Straßen ist, hochgespielt werden kann, wenn es gleichzeitig um Nervenkitzel und RAF-Hetze geht, zeigen die letzten Tage: In sämtlichen Medien, Spekulationen über geplante Attentate und Terror.

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Presseerklärung von Philipp Heinisch, der Rechtsanwalt von Juliane Plambeck war:

Der Tod meiner Mandantin, Frau Juliane Plambeck, wird in zahlreichen Presseerveröffentlichungen zum Anlaß genommen, die Mutmaßungen der Ermittlungsbehörden über angeblich von ihr begangene Straftaten als schon sichere Erkenntnisse darzustellen. Wie auch im Lorenz/Drenckmann-Verfahren, dem sich Frau Plambeck durch Flucht entzog, werden Tatsachen, die sie entlasten könnten, heruntergespielt oder der Öffentlichkeit verschwiegen.

Die Bundesanwaltschaft hat es Fritz Teufel verübelt, daß er sein Alibi preisgab, als sich die Bundesanwaltschaft auf seine Tatbeteiligung festgelegt hatte. Auch Frau Plambeck stand bei ihrer Inhaftierung (September '75) vor der Frage , ob sie erst die Ermittlungen und den Prozeß abwarten oder ihre Nichtschuld im Sinne der Vorwürfe nachweisen sollte. Sie hat sich seinerzeit mit dem Argument gegen eine vorzeitige Preisgabe des Alibis gewehrt, derartiges sei sinnlos, sie sei ohnehin schon verurteilt. Dennoch habe ich ihr Alibi am 9. 10. '75 bezüglich der Lorenz – Entführung vorgetragen; die Strafkammer ließ dies jedoch völlig unbeeindruckt. Ein Gesichtspunkt, der die Richtigkeit der Prozeßstrategie Fritz Teufels besonders deutlich macht.

Zwei Tage vor ihrer Flucht wurde ihr in einem neuen Haftbefehl die Beteiligung an der Ermordung das Vorsitzenden Richters v. Drenckmann zum Vorwurf gemacht. Hier stehen mindestens acht Zeugen zur VErfügung, die ihre Anwesenheit am Tattage und zur Tatzeit in München bezeugen.

Obwohl der 2. Strafsenat des Kammergerichts zunächst mit grosser Sorgfalt ermitteln ließ, Frau Plambeck sei die 'Blumenkäuferin', war die gerichtliche Reaktion auf das dann vorgetragene Alibi ausgesprochen bescheiden, in der Öffentlichkeit wurde es praktisch garnicht zur Kenntnis genommen.

Das paßt in die Fahndungspolitik der Bundesanwaltschaft, denen Zweifel offensichtlich lästig sind - benötigt sie doch in den Fällen, in denen sie Beweisnot ist (Buback, Schleyer, Ponto, Lorenz, Drenckmann u.a.) ersteinmal Beschuldigte. Daß die Bundesanwaltschaft in den Fällen Lorenz/Drenckmann in der Person von Frau Plambeck die Falsche beschuldigt hatte, erklärt vielleicht, daß sie nach ihrer Flucht auch im Zusammenhang mit allen anderen unaufgeklärten Taten an erster Stelle gesucht wurde. Diese Geistige Haltung der Bundesanwaltschaft war meiner Mandantin, im Gegensatz zu mir, schon bei ihrer Inhaftierung im Jahre 1975 bekannt.

asylanten



In einer der letzten Ausgaben des 'Spiegel' gab es einen umfangreichen Artikel, über das Problem der ständig steigenden Zahl Asylsuchender in der BRD. Dieser Artikel läßt das eingefleischte Bürokratenherz eines jeden deutsch-muttersprachlichen wohlerzogenen Bürgers der BRD höher schlagen. Den entsprechend seiner Veranlagung und Tradition an Ruhe, Ordnung und Disziplin gewohnten Bundesbürger, können solche an Völkerwanderung gemahnende Massenbewegungen natürlich nicht kalt lassen, zumal es seine Steuergelder sind, die als Sozialhilfe an die vielen tausend Antragsteller gezahlt werden.

Wie es aber diesen 'Unruhestiftern', den Asylsuchenden tatsächlich in ihrer eigensten privatesten Betroffenheit ergeht, darüber schreiten die meisten Zeitungsartikel mit Siebenmeilenstiefeln hinweg. Die Asylanten sind ebenso zu Zahlen degradiert, wie die Leichen aus Auschwitz oder Bergen-Belsen. Wie damals die Juden, die fließbandperfekt vernichtet wurden, so waltet heute das humanistische Gewissen unserer Amtsbeamten über diese Ausländer und möchte sie am liebsten unseres—ach so schönen— Landes verweisen. Zwar erfährt man, daß der größte Teil der Asylbewerber, ca. 2/3, aus der Türkei stammt, und man weiß auch aus anderen Zeitungsberichten, daß gerade die Türkei fast täglich von bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen geschüttelt wird, wobei Polizei, Militär und 'Graue Wölfe' zu staatstragenden Kräften avancieren, aber den naheliegenden Schluß, auf der Ebene der Türkei-Flüchtlinge bietet weder der Bericht über die neue Visumspflicht für Türken - anstelle der bisher angestrebten Einwanderungsliberalisierung für Türken im Zuge der EG-Integration - noch lassen Kommentare über Bundestagsgehacke um neue Asylbeschleunigungsverfahrensvorschläge erahnen, daß unsere Abgeordneten wissen, worüber sie eigentlich beschließen: Der Aufenthalt innerhalb der Grenzen soll ein Privileg des deutschen Volkes bleiben - DDR—Deutsche werden natürlich mit offenen Armen empfangen.

In meiner Nachbarschaft lebt ein 'Türke', der als letzten Ausweg aus seiner unmöglichen Situation den Antrag auf Asyl gewählt hat. Ich habe ihn bei einigen Gängen durch die Institutionen begleitet und war oft ebenso deprimiert und niedergeschlagen wie er (........). Ich hoffe, daß durch diese, von mir zusammengestellten Texte, die Öffentlichkeit einen anderen Blick in die Nöte der Asylsuchenden bekommt.

Anne Jüssen / Köln

ODYSSEE EINES ASSYRERS

„Aus der Tiefe rufe ich - Herr - zu dir
Höre - oh Herr - meine Stimme"

Hannah Bozkurt stammt aus der Südost-Türkei. Er bezeichnet sich selbst als Assyrer und leitet seine Herkunft aufrund verschiedener bei der UNO hinterlegte Gebietsdokumente, die sich auf das Zweistromland, zwischen Euphrat und Tigris, das ehemalige Mesopotamien und das dort lebende Bergvolk beziehen, ab von den früheren assyrisch-babylonischen Hochkulturen, die an mehreren Stellen des 'Alten Testamentes' erwähnt werden. Er begründet diese Abstammung unter anderem damit, daß seine aramäische Muttersprache, die nachweislich zu Christi Zeiten die allgemeine Verkehrssprache war, und heute von keinem anderen Volksstamm ausser den wenigen Überresten der heute lebenden Assyrer gesprochen wird.

Bozkurt ist 1976 durch eine christliche Organistation, die bereits in der Türkei für seine schulische Ausbildung Sorge getragen hatte, nach Deutschland gekommen, um ein Studium zu beginnen. Er hat in Regensburg Deutschkurse besucht.

In der Zwischenzeit hat sich auch der Rest seiner Familie entschlossen nach Europa überzusiedeln: seine Mutter, seine Schwester und seine sechs Brüder, sein Vater war inzwischen verstorben. Einige baten in Holland, einige in Schweden um Asyl, die anderen arbeiteten als Gastarbeiter in Schweden und in Österreich, z.B. als Küster.

Bozkurt hat dann versucht, zu seiner Familie zu finden, und auch Asyl zu beantragen. Da hatte sich die holländische Regierung aber bereits entschlossen keine Ausländer assyrischer Abtammung als Asylanten mehr aufzunehmen. Sein Antrag wurde abgelehnt. Er fand dann Unterstützung und Hilfe beim Diakonischen Werk in Köln. Es sorgte für die notwendigsten Belange, Unterkunft und Verpflegung, und für einen Studienplatz an der Fachhochschule in Köln. Voraussetzung zum Besuch der Fachhochschule war ein Studienkolleg.

Als die holländischen und schwedischen Behörden mittlerweile die Anträge seiner Familienangehörigen positiv bearbeitet hatten, versuchte Herr Siller vom Diakonischen Werk einmal mit dem Argument der Familienzusammenführung mit den holländischen Behörden zu verhandeln, da Bozkurts Mutter nun in Holland lebte. Er fuhr mehrmals zusammen mit Bozkurt nach Holland, aber alle Bemühungen waren umsonst. Auch aus Schweden, wo zwei Brüder Asyl gefunden hatten, wurde er ausgewiesen. Über all diese zeitraubenden Auslandsaufenthalte, fand Bozkurt nicht die notwendige Konzentration auf das Studium, hinzu kam eine schwere Nierenerkrankung, die eine komplizierte Operation zur Folge hatte, sodaß Bozkurt mit allen physischen und psychischen Belastungen am Studienkolleg zum Scheitern verurteilt war.

Im Oktober vergangenen Jahres, nachdem er das Studienkolleg verlassen mußte, stellte Bozkurt, als es für ihn keine andere Möglichkeit mehr gab - in Deutschland Antrag auf Asyl: In seinem Heimatland, der Türkei, lebt inzwischen niemand mehr aus seiner engeren Familie, seine Familie ist über halb Europa verstreut, und für ihn gibt es keine Grund mehr in die Türkei zurückzukehren.

Ausserdem hatten die türkischen Behörden in der BRD, die

diplomatischen Vertretungen zu erkennen gegeben, daß sie keinen Wert auf Bozkurts Rückkehr legen, seit zwei Jahren wird sein Ausweis nur noch mit Touristen-Visa verlängert, die Bozkurt viel Geld kosteten. Als er nach Ankara, an seine zuständige Heimatbehörde direkt schrieb, erhielt er mehrfach keine Antwort oder man fragte nach genauen Angaben über seinen türkischen Wohnsitz. Als Bozkurt die Adresse eines entfernten Vetters angab, der in einem vorwiegend von Angehörigen der assyrisvhen ethnischen Minderheit bewohnt wird, bekam er danach überhaupt keine Antwort mehr. Ausserdem lässt der Vormame von Hannah Bozkurt erkennen, daß er kein Mohammedaner sondern Christ ist, was in diesem Fall noch eine weitegehendere Diskreminierung ist als im Falle der Kurden, die zwar auch eine völkische Minderheit sind, eine eigene Sprache sprechen,aber immerhin gleichen Glaubens wie die Türken sind. („Bozkurt" ist der offiziell registrierte, eingetürkte Name für „Yuhanam bar Numan"; dieser Name ist der ursprünglich assyrische).

Dieses sind unter anderem die Gründe, auf denen der Antrag auf politisches Asyl von Bozkurt in der BRD basieren.

Nachdem er diesen Antrag gestellt hatte, fiel die Unterstützung des Diakonischen Werkes weg, und Bozkurt ist jetzt vom Sozialamt abhängig. Die Ausländerpolizei gewährt ihm alle drei Monate eine Verlängerung seiner Duldung, das heißt einen Aufschub seiner Abschiebung aus der BRD. Mit der Duldung wird das Verbot der Aufnahme einer selbstständigen oder gleichwertigen Arbeitsaufnahme regelmässig erneuert, um den unsicheren Status-Quo eines Asylsuchers aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig, ist er aber, da Sozialhilfeempfänger, verpflichtet auf dem Arbeitsamt um Arbeit nachzufragen. Aus mehreren Anfragen war zu erfahren, daß B. zwar schwer zu vermitteln ist, nicht nur weil er Ausländer ist, sondern auch deshalb weil er immer nur kurz befristete Aufenthaltsgenehmigungen von der Ausländerbehörde erhält. Sein Arbeitgeber, wäre daher verpflichtet, alle drei Monate einen Antrag auf Arbeitserlaubnis beim Arbeitsamt einzureichen.

Prinzipiell ist das Arbeitsamt nicht gegen eine Arbeitsaufnahme von B. - wenn er selbst eine Stelle findet, einen Arbeitgeber, der sich bereit erklärt, den unsicheren Status von Bozkurt in Kauf zu nehmen. Bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage ist das aber aussichtslos.

Alle Bemühungen von Bozkurt, eine Ausbildung zu machen, eine Umschulung oder Lehre zu durchlaufen, scheiterten daran, daß ein Asylbewerber nicht in den Ausbildungssektor integriert werden darf — so die entsprechende Asylgesetzgebung — auch dann nicht, wenn wie in der gegenwärtigen Situation in der BRD die Bearbeitung der Asylanträge mitunter doppelt so lange dauert als eine Ausbildung. Auch eine schulische Ausbildung, etwa an einer Techniker-Schule, die einer Lehre gleichgestellt ist, fällt aus den gleichen Gründen aus. Außerdem würden Bozkurt für eine solche Ausbildung die finanziellen Mittel fehlen, da er an einer Schule keine Ausbildungsbeihilfe erhält und die Sozialhilfe vom Sozialamt bei Schulbesuch automatisch wegfällt. Da er noch nicht gearbeitet hat, weder in der Türkei noch in der BRD, fallen für ihn auch die verschieden gestaffelten gesetzlichen Voraussetzungen für eine vom Staat getragene Umschulung aus.

Als die Beamten der Bildungsberatung versuchten, eine Ausbildung mit Hilfe des Berufsausbildungsförderungsgesetzes wenigstens finanziell abzusichern und zu gewährleisten, scheiterten auch diese Bemühungen an den dafür zuständigen Richtlinien, die für einen solchen Fall wie Bozkurt nicht gemacht worden sind.

Das war das Ergebnis nach mehreren Versuchen, etwas Sinnvolles zu beginnen, im Rahmen der Möglichkeiten, die unsere Sozialgesetzgebung bieten. Mehrere Tage haben Bozkurt und ich auf den Ämtern verbracht und die Beamten haben nach unserer Meinung mit sehr viel Mühe alles versucht, uns entgegenzukommen und Bozkurt zu helfen. Aber das Ergebnis blieb bisher überall das gleiche:"Tut uns leid ..."

Die Alternative für Bozkurt, die sich hieraus ergibt, ist die, mehrere Jahre vom Sozialamt abhängig zu sein, evtl. ab und zu Gemeinschaftsarbeit zu leisten, Friedhöfe zu fegen und ansonsten nichtstuerisch auf die Bearbeitung seines Asylgesuches zu warten, was nach letzten Erfahrungen bis zu sieben Jahren dauern kann.

Eine andere Möglichkeit wäre die — und aus diesem Grunde stellen wir diesen Antrag, wenn ein Amt oder eine andere Organisation sich bereiterklären würde, bis zur Entscheidung über den Asylantrag eine Studienausbildung von Bozkurt zu tragen, ein Studium ist nämlich die einzige Ausbildungsform, die auch einem Asylbewerber gestattet ist. Bozkurt könnte so seine Wartezeit sinnvoll überbrücken und bei einem positiven Bescheid über seinen Asylantrag könnte er dann als Bafög-Berechtigter nahtlos seine Studien fortsetzen.

Da Bozkurt bereits im ersten Versuch, das Studienkolleg zu absolvieren unter all den dargestellten Belastungen gescheitert war, ist es notwendig, für den zweiten Versuch die Erlaubnis der vorgesetzten Stellen einzuholen. Sowohl Herr Scharfenstein von der Fachhochschule Köln wie auch Herr Schostak, der Kollegsleiter des Studienkollegs, hatten nach der Erläuterung der Situation keine Bedenken, Bozkurt ein zweites Mal aufzunehmen, wenn Bozkurt seine finanziellen Probleme klären kann.

Ich versichere, daß ich die Situation von Herrn Bozkurt nicht verfälscht und nicht beschönigt habe und hoffe, daß eine Organisation oder ein Amt sich bereiterklärt, Herrn Bozkurt zu unterstützen.

Wir sind für jede Spende dankbar.

Spenden bitte an:
Hannah Bozkurt, Evangelische Studenten-Gemeinde, Bachmerstr. 27, 5 Köln 41, Tel. Köln, 40 25 22, oder:
auf das Konto Nr. 82133620 der Stadtsparkasse 5 Köln 41, Geschäftsstelle Dürener Straße, Bankleitzahl 37050162, Inhaber: Hannah Bozkurt.

Es gibt noch einen weiteren Grund dafür, daß Herr Bozkurt in Europa bleiben möchte, nämlich den der politischen Verfolgung in der Türkei, aber solche Gründe sollte man erst nach reiflichen Überlegungen den deutschen Behörden mitteilen, weil sie sonst eventuell ähnlich dem bereits praktizierten Berufsverbot auch "Asylverbote" aussprechen könnten.

Herr Bozkurt war als achtzehnjähriger durch seine Schulkameraden als Kommunist "diffamiert" und "denunziert" worden, weil er kommunistische Bücher besaß. Nachts kam die Polizei, durchsuchte und fotografierte den Schreibtisch und das Bücherregal des Herrn B. Zum Glück hatte er aufgrunde einer bösen Ahnung die betreffenden Bücher weggeräumt (Bücher von Aziz Nesim und Zetin Altan, die beide mehrere Jahre im Gefängnis saßen, begnadigt wurden unter Ecevit, der eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen nach seinem Regierungsantritt ausgesprochen hatte. Heute stehen alle Linken in der Türkei wieder unter strengsten Kontrollen.).

Das rettete ihn vor einer zweijährigen Haftstrafe, es war gerade Kriegsrecht wegen Unruhen in der Legislaturperiode von Demirel. Da der Verdacht, Herr Bozkurt sei ein Kommunist, sich nicht erhärten ließ, wurde die Strafe nach drei Tagen Untersuchungshaft zwei Jahre lang auf Bewährung ausgesetzt. In dieser Zeit mußte er sich regelmäßig einer Meinungskontrolle unterziehen. Er mußte natürlich auch das Internat verlassen — obwohl er nie daran gedacht hatte, auch heute nicht, einer kommunistischen Partei beizutreten.

Das alles steht natürlich auch in seinen Akten und ist wahrscheinlich neben seiner Zugehörigkeit zur assyrischen Minderheit mit ausschlaggebend dafür, daß die türkischen Behörden seinen Paß nicht mehr verlängert haben.



Hüseyn, 21-jährig und Kurde (wohnhaft in Köln)

Erklärung zu meinem Asylantrag

Dies sind die Gründe für meinen Antrag auf Asyl in der BRD.

Ich stamme aus der Türkei, aus der Stadt Tokat. Ich wurde am 1.1.59 in dem Dorf Beyazit geboren. Meine Vorfahren und meine Mutter sind Kurden. Mein Vater war Landwirt.

Ich wollte studieren und in den türkischen Staat integriert werden. Ich besuchte die Grundschule von Beyazit, danach ging ich zur Mittelschule in Corlu, Istanbul. Von November 1972 bis April 1973 habe ich in Corlu viele Leute kennengelernt, dazu gehörten auch Sefik Karan, Ali Kars und Kemal Ceyhan. Nachdem sie mich am 1.Mai in Istanbul auf dem Platz des 1.Mai gesehen hatten, sprachen sie nicht mehr mit mir. Später haben sie mich zu Hause besucht und Bücher von Aziz Nesin, Fakir Baykurt, Orhan Kemal, Yasar Kemal und Nazim Hikmet bei mir gesehen. Dann haben sie wortlos meine Wohnung verlassen.

Am 13. Mai gaben sie mir einen Zettel mit der Parole Alparslan Türkesch. Sie lautete: "Kein Pardon für Abtrünnige! Die Türken sind die erste und die beste Rasse" und zum Schluß stand der Aufruf: "Organisiere dich in der ÜGD". Das ist die Parole der faschistischen sogenannten "Idealistischen Jugend-Organisation".

Danach bin ich immer wieder erpreßt worden. Sie warfen weitere Zettel in meinen Briefkasten. Darauf stand: "Vergiß die Sozialisten, komm zu uns, dann wirst du leben!"

Ab dann habe ich immer in Angst gelebt.

Am 21.Mai 1974 habe ich die Mittelschule I von Corlu beendet und danach die Mittelschule II in Siwas besucht. Ich habe den Schulort gewechselt, weil ich keine Freiheit mehr hatte und weil ich Angst vor der ÜGD hatte.

Im Juni 1974 saß ich in Siwas in einem Park und las in der Republikanischen Zeitung. Durch Zufall konnte ich sehen, daß ein Mann Fotos in der Hand hatte, darunter auch meins. Dieser Mann war Aladdin Coskum, aus dem Dorf Küpeli. Ich habe ihn drei Jahre später im Gymnasium in Siwas kennengelernt. Er lebte in dem Schülerheim des Gymnasiums und war Mitglied der ÜGD. Ich vermute, daß alle Mitglieder der ÜGD Fotos von mir hatten.

Am 29. Juni 74 wurde ich vor dem Gymnasium von Agenten der Nachrichtenagentur Milli Isthbarat Teskilati (MIT) angegriffen. Sie haben mich mit Ketten und Eisenstangen niedergeschlagen, dann haben sie auch mit einem Messer auf mich eingestochen. Ich wurde schwer verwundet und war bewußtlos. Sie haben mich blutend liegen lassen und sind mit einem Auto davongefahren. Freunde haben mich gefunden und mir geholfen. Zwei von denen, die mich angegriffen haben, hatten mich mehrfach auf der Straße geschlagen. Es waren die Polizisten Kenal und Özdemir, die auch für die MIT arbeiteten, das wußte ich. Darum konnte ich auch nicht zur Polizei gehen und eine Anzeige erstatten. Ich habe heute noch mehrere Narben an meinem Körper von diesem Vorfall aufzuweisen.

Am 4.Dezember 74 wurde ich in Cawusbasi, einem Stadtviertel von Siwas, von Polizisten und Soldaten festgenommen. Ich kam für zwei Tage in Untersuchungshaft und wurde gefoltert. Sie haben mir bei verbundenen Augen die Hände tief verwundet und anschließend Salz in die Wunden gestreut. Sie sagten: "Wir werden alle Sozialisten töten!"

Zehn Tage später kamen Polizisten und Soldaten und haben meine Wohnung durchsucht. Sie haben nicht gefunden, was sie gesucht hatten. Dann haben sie unter dem Vorwand, es seien kommunistische Bücher, schließlich meine Schulbücher verbrannt. Ich wurde wieder auf das Polizeirevier gebracht. Sie konnten mir nur vorwerfen, ich hätte verbotene Bücher besessen.

Ich konnte niemandem meine Probleme erklären. Ich bin oft verurteilt und geschlagen worden. Ich hatte keinen Verteidiger. Ein Rechtsanwalt, der mir helfen wollte, Murat Genc, wurde abgelehnt, weil er Sozialist sei. Er war selbst mehrmals im Gefängnis, zuletzt 1978, und darf heute seinen Beruf nicht mehr ausüben. Einmal hatte eine Gruppe Schulkinder nach Schulschluß auf der Straße ausgerufen: "Es lebe die Freiheit! Nieder mit dem Faschismus!" Sie wurden sofort von der Polizei für zwei Tage in Untersuchungshaft gebaracht und dort geschlagen und gefoltert.

Ich habe an mehreren 1.Mai-Demonstrationen in Istanbul teilgenommen, außerdem an der Demonstration gegen Gewalt und Folterungen durch die Polizei am 5.Mai in Siwas. 16 Tage später, am 21.Mai 1975 wurde ich verhaftet, weil ich an diesem Volksmeeting teilgenommen hatte. Vier Tage war ich in Haft. Ich wurde täglich gefoltert. Ich wurde mit Gummiknüppel geprügelt und am letzten Tag elektrisch geschockt. Ich werde diesen Tag nie vergessen können, so stark sind auch heute noch die Wirkungen von diesen brutalen Behandlungen. Die Polizisten lehnten jeden Kontakt zu uns ab, sie sprachen nicht mit uns, sie folterten uns, ohne Rücksicht darauf, ob sie uns kannten oder nicht.

Es passiert sehr oft in der Türkei, daß Leute spurlos verschwinden, niemand weiß, was mit ihnen geschehen ist, und man erfährt plötzlich aus der Zeitung, daß sie verünglückt sind. Ich glaube, daß die Polizei sehr oft Menschen einfach getötet hat und dann in Kisten verpackt und verschwinden lassen hat.

Daß ich ein Kurde bin und sozialistische und demokratische Bücher lese und die Menschen liebe, kann man mir nicht vorwerfen, aber der türkische Staat wirft es mir vor. Ich wede deswegen verfolgt und bin schon oft inhaftiert und gefoltert worden.

Im Oktober 76 habe ich eine Schrift veröffentlicht: "Warum tötet dieser Staat heimlich seine Bürger". Wenn der Staat gut ist, warum wird er von Alparslan Türkesch und den Grauen Wölfen vernichtet. Wieder wurde ich festgenommen, wieder wurde ich gefoltert, ich war kraftlos und ohnmächtig. Ich hatte viele Freunde, aber niemand konnte mir helfen, alle waren machtlos. Ich habe versucht, gegen die Polizei Klage zu führen, aber immer wurde meine Klage abgewiesen. In der Zweiten Klasse des Gymnasiums, 1978, ein Jahr vor dem Abitur, sollten wir im Literatur-Unterricht für den Lehrer Biral Bagli ein Gedicht machen. Mein Gedicht hieß "Klasse". Der Lehrer hat es sofort bei der Polizei abgegeben. Wieder wurde ich zusammengeschlagen und ich mußte die Klasse wiederholen.

Ich durfte nicht im Schülerheim wohnen, obwohl ich genügend Geld gehabt hätte, es zu bezahlen. Der Direktor Cahit Turans erlaubte es nicht. Andere durften mit Erlaubnis des Direktors auch unentgeltlich und frei dort wohnen.

Für mich war die Zeit von 1977 bis 1979 sehr mühsam und anstrengend. Ich wurde verfolgt und beobachtet wie ein Feind. Ich weiß, daß mehrere Rapports über mich geschrieben wurden und das Leben und die Situation wurde für mich immer unerträglicher. Nach dem Abitur habe ich das Land sofort verlassen.

Es ist ein Zufall, daß ich noch lebe. Ein Freund von mir. Ruhi Özvar, wurde ermordet: die von der Polizei unterstützten Grauen Wölfe haben eine friedliche Hochzeitsfeier von Freunden mit Maschinengewehren zerstört.

Für mich gibt es keine Möglichkeit mehr, in der Türkei zu leben, deshalb bitte ich um Asyl in der BRD.

Stellungnahme des Auswärtigen Amts zu der Frage, ob in der Türkei politische Verhältnisse bestehen, auf welche die Behauptung der politischen Verfolgung gestützt werden kann.

I.

Für eine glaubhafte Asylbeantragung kommen Angehörige von drei Hauptgruppen – Christen, Kurden, Extremisten – in Betracht. Gegen Benachteiligungen und Verfolgungsmaßnahmen steht der verfassungsmäßig garantierte Rechtsweg offen.

Die Verfassungswirklichkeit in der Türkei schwankt in ihrer religiösen und politischen Toleranz dagegen nach der politischen Richtung, die die jeweilige Regierung vertritt. Unter der konservativen Demirel-Regierung (1975 - 1977) und schärfer während der Regimezeit der Nationalen Front (21.07.1977 - 5.1.1978) wurden linke politische Gruppierungen benachteiligt und teilweise auch verfolgt. Dagegen hat Ecevit während seiner ersten kurzen Regierungszeit (7.1. - 18.9.1974) ein Amnestiegesetz erlassen, das sich auf fast alles politischen Straftaten erstreckte. Die neue Regierungszeit Ecevits (ab 6.1.1978) fiel mit einer allgemeinen Krisensituation zusammen, die in immer schärferem Maß von wirtschaftlicher Not und Politterrorismus gekennzeichnet ist. Mit der katastrophalen Wirtschaftslage ging ein sich verstärkender Nationalismus einher. Trotzdem kann man mit einiger Sicherheit sagen, daß für die Zeit von 1978 bis heute Verfolgungssituationen – soweit sie überhaupt vorliegen – nicht durch Regierungspolitik herbeigeführt, sondern fast durchweg örtlich bedingt sind.

II.
Christen in der Türkei

In der Türkei leben nach vorsichtigen Schätzungen heute noch ca. 120.000 Christen. Davon sind ca. 70.000 armensiche Christen und 10.000 bis 15.000 assyrisch-orthodoxe Christen, also – bei einer Gesamtbevölkerung von rund 48 Millionen – zahlenmäßig sehr schwache Minoritäten, die erfahrungsgemäß gegenüber der sie umgebenden Umwelt in einer besonders schwierigen Lage sind.

Artikel 19 der türkischen Verfassung sichert die Religionsfreiheit und Schutz vor jeder Diskriminierung aus religiösen Gründen zu. Anzeichen für eine offene und systematische Verfolgung der Christen in der laizistischen Türkei liegen nicht vor. In der Praxis lassen jedoch verschiedene Indizien und bekanntgewordene Vorkommnisse den Schluß zu, daß durch Verwaltungsprotekionismus, durch persönliche Verunglimpfung, geschäftlichen Boykott etc. eine nicht nur gesellschaftliche Schlechterstellung religiöser Minderheiten vorliegt. Die Beamten- und Offizierslaufbahn ist türkischen Christen praktisch verwehrt, während ihnen die freien Berufe offenstehen.

Im einzelnen ist die Lage der türkischen Christen örtlich unterschiedlich zu beurteilen. Es steht fest, daß sie in den östlichen Regionen schwere, z.T. auch existenzbedrohende Benachteiligungen erlitten haben. Über die Hälfte der assyrisch-orthodoxen Christen aus den Gegenden von Mardin und Midiyat ist inzwischen in die Städte, vorwiegend nach Istanbul, wo eine sehr aktive assyrisch-orthodoxe Gemeinde und die größte armenische Gemeinde in der Türkei unbehelligt leben, oder nach Westeuropa, bzw. Skandinavien abgewandert.

Dieser Abwanderung dürfte ein Streben zugrundeliegen, aus der Armut und den hoffnungslosen Verhältnissen heraus zu wirtschaftlichem Aufstieg und zur Hoffnung auf ein menschenwürdigeres Dasein zu gelangen. Der konkrete Anlaß dafür kann aber in Einzelfällen in Leib und Leben bedrohenden Übergriffen der moslemischen Mehrheit zu finden sein.

In ost- und südtürkischen Gegenden vorhandene Spannungen, bei denen neben religiösen auch sprachliche, soziale und ethnische Motive eine Rolle spielen, können sich immer wieder in gewalttätigen Auseinandersetzungen bzw. Übergriffen äußern. Besonders in den schwer zugänglichen ländlichen Gebieten Ostanatoliens kann die staatliche Gewalt häufig keinen ausreichenden Schutz vor Übergriffen und Gewaltakten gewährleisten. Auch wenn dieser Mangel gleichermaßen alle dort lebenden Menschen trifft und nicht als eine gezielte Benachteiligung der christlichen Minorität gewertet werden kann, wirkt er sich faktisch doch dahingehend aus, daß die Minorität oft schutzlos Übergriffen preisgegeben ist.

III.
Türkische Kurden

Die türkischen Kurden stellen die größte Minorität in der Türkei dar (ca. 6 bis 7 Millionen von einer Gesamtbevölkerung von ca. 43 Millionen).

Das Siedlungsgebiet der Kurden deckt sich nicht mit den politischen Grenzen eines einzigen Staates, sondern verteilt sich auf das türkische, irakinsche und sowjetische Staatsgebiet. Die türkischen Kurden sind türkische Staatsbürger. Sie genießen die gleichen Rechte wie jeder andere türkische Staatsbürger. Die Angabe, die kurdische Volkszugehörigkeit genüge, um Verfolgungsmaßnahmen seitens der türkischen Behörden ausgesetzt zu sein, entspricht nicht der rechtlichen und politischen Wirklichkeit. In der Tat nehmen Angehörige dieses Personenkreises als Abgeordnete im türkischen Parlament, als Senatoren, Offiziere und als Beamte einflußreiche Stellungen im öffentlichen Leben der Türkei ein. Im Parlament ist der kurdische Bevölkerungsanteil sogar leicht überproportional vertreten.

Polizeimaßnahmen gegen Kurden in Südostanatolien, über welche die deutsche Presse gelegentlich berichtet, richten sich gegen separatistsche oder terroristische Tätigkeiten, die unter das türkische Strafgesetz fallen und denen wahrscheinlich ideologische und weniger ethnische Motive zugrundeliegen.

Auch hier gilt, daß die häufig aussichtslose wirtschaftliche Lage der Landbevölkerung in Ostanatolien viele, insbesondere jüngere Menschen zur Abwanderung in die größeren Städte veranlaßt. Gegen allgemein vorhandene Mängel (wirtschaftliche Not, Mangel an Schulen, unvollkommener Polizeischutz)) können sich die Kurden, die in vielen Teilen Ostanatoliens die Mehrheit darstellen, immerhin besser wehren als die türkischen Christen.

IV.
Politische Extremisten

Die Türkei befindet sich in einer politischen Krisensituation. Zusammenstöße – auch mit tödlichem Ausgang – zwischen rechts- und linksorientierten Gruppen sind an der Tagesordnung. Seit dem Regierungsantritt Ecevit: (6.1.78) sind rund 5.000 terroristische Handlungen begangen worden, bei denen 931 Menschen getötet und ca. 7.000 verletzt wurden. Mit der Verhängung des Ausnahmezustands ab 25.12.78 ist eine wohl nur vorübergehende Beruhigung eingetreten. Nach einer am 22.2.79 abgegebenen Erklärung des türkischen Innenministers sind seit Juni 1978 insgesamt 25.000 „Anarchisten" verhaftet worden.

Im folgenden wird zwischen a) staatlicher und b) „privater" Verfolgung unterschieden:

Mit dem Amnestiegesetz vom 15.5.1974 sind alle politischen Straftäter – mit Ausnahme derjenigen, die nach Art. 141, 142 und 146 türk. StGB verurteilt wurden – begnadigt worden. In der Zeit nach dem Inkrafttreten des Amnestiegesetztes sind auch Straftaten nach Art. 141, 142 und 146 durch mehrere Entscheidungen des türkischen Verfassungsgerichts mehr und mehr unter die Amnestie gestellt worden. Die mit dem Juni 1978 beginnende Verhaftungswelle stützt sich in erster Linie auf Verletzungen des allgemeinen Strafrechts durch terroristische Gewaltakte oder – neuerdings – auf Verletzungen von Verbotsbestimmungen der seit BEginn des Ausnahmezustands erlassenen Verordnungen der Militärkommandanturen (z.B. Versammlungsverbot, Verbot politischer Propaganda durch Plakate etc.). Ein Teil der Verhaftungen beruht aber auch auf Art. 141, 142 und 146 des türkischen Strafgesetzbuches.

b) Gealtakte nichtstaatlicher Gruppen wären nur dann ein Asylgrund, wenn im Heimatland des Asylbegehrenden dagegen ein Schutz von

staatlichen Behörden grundsätzlich nicht zu erlangen ist. Der türkische Staat unternimmt jedoch außerordentliche Anstrengungen, um die mit täglichen Todesopfern verbundenen politischen Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Extremisten zu verhindern. Das Budget für die inneren Sicherheitskräfte ist im Staatshaushalt 1979 hierfür wiederum erhöht worden. Im Rahmen dieser Bemühungen würde der Asylbewerber den Schutz der türkischen Polizei genießen. Allerdings ist dieser Schutz nicht lückenlos. Zum einen ist die Polizei unzureichend ausgestattet (z.B. nur 25.000 Polizisten in der 5-Millionen-Stadt Istanbul). Sie ist zudem selbst polarisiert. Premier Ecevit hat vor kurzem* in einem Spiegelinterview selbst eingeräumt, daß trotz der von ihm verfügten Auflösung der politischen Polizeivereine die Polizei weiterhin politisch in rechts und links gespalten sei. Das Militär, das neben der Polizei seit der Verhängung des Ausnahmezustands Ordnungsfunktionen wahrnimmt, geht – soweit das beurteilt werden kann– dagegen weitgehend unparteiisch vor.

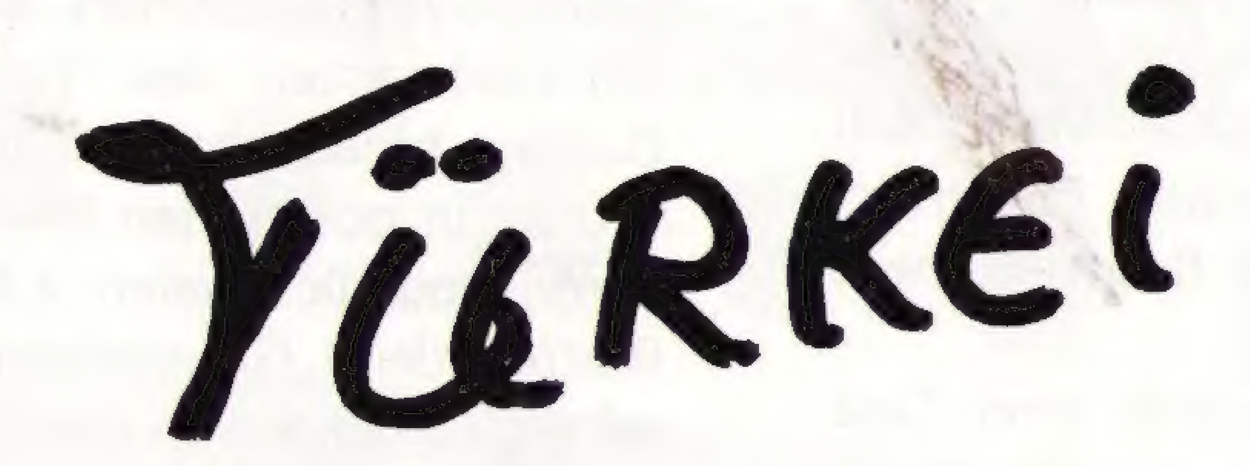
V.

Verfolgung nach der Rückkehr in das Heimatland

Es kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß der Asylbewerber in lebensbedrohende politische Auseinandersetzungen hineingerät, wenn er bei Ablehnung seines Asylantrags nach der Rückkehr in die Türkei sich wiederum extremen politischen Gruppen anschließt – oder auch ohne neuerlichen Anschluß – ein prominentes Mitglied einer dieser Gruppen war.

Nach Artikel 140 des türkischen Strafgesetzbuches wird der türkische „Staatsangehörige, der im Ausland über die innere Situation des Staates unwahre, übertriebene oder auf besonderen Zweck beruhende Nachrichten veröffentlicht oder irgendeine den nationalen Interessen zuwiderlaufende Tätigkeit entfaltet, soweit diese die Achtung und das Ansehen des Staates im Ausland verletzt, mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft."

Türkische Presseberichte, nach denen die türkische Regierung systematisch abgewiesene Asylbewerber wegen die Türkei schädigender Äußerungen im Zusammenhang mit dem Asylantrag mit fünf Jahren Freiheitsentzug zu bestrafen beabsichtige, sind bisher offiziell weder bestätigt noch dementiert worden.



SOLIDARITÄT MIT DER TÜRKISCHEN TAGESZEITUNG „DEMOKRAT"

Gießen / 27. 07. 1980

Im letzten ID druckten wir eine Solidaritätserklärung mehrerer Alternativzeitungen mit der türkischen Tageszeitung „Demokrat" ab.

Die Giessener Stadtzeitung 'Elephanten Klo', Initiator der Solidaritätsaktion

bittet folgendes zu tun:
– die Solidaritätserklärung zu veröffentlichen
– selbst Solidaritäts- bzw. Protesterklärungen an die u.a. Adressen zu senden
– alle gangbar erscheinenden Hebelchen mit dem Ziel des Protest und der Solidarisierung in Bewegung zu setzen; z.B. Einholen von Solidartätsadressen bei örtlichen Organisationen (z.B. Gewerkschaften, Lokalpolitiker usw.), Weitergabe der Informationen an die einheimische bürgerliche Presse und detaillierte Berichterstattung über den täglichen Terror in der Türkei als auch dem Erschwernis in der BRD Asyl zu nehmen (s. Seite 3 - 8 dieser Ausgabe) usw. etc.
– bitten wir Euch (da die Redakteure des 'Demokrat' darum besonders baten), Eure einheimischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten zur Solidarität aufzufordern
– spendet selbst und ruft in Euren Blättern zu Spenden für den Kauf von Druckpapier für den 'Demokrat' auf.

Was meint Ihr ? Ein Bißchen zuviel verlangt ?

Protest- bzw. Solidaritätsadressen an:
Sikiyonetim Komuntanligi (Militärgouverneur), Ankara / Türkei
Sikiyonetim Komutanligi, Istanbul/Türkei
Süleyman Demirel, Basbaken, Ankara
DEMOKRAT, Catalcesme Sokak 50 / Cagaloglu - Istanbul / Türkei
Spendenkonto: Stichwort „Demokrat"
PSchA Ffm, Kto.Nr. 23 08 77 - 609

Elephanten Klo, c/o VFKK, Südanlage 6300 Giessen / Tel.: 0641/ 7 85 25

Erste Erfolge im Kampf um das Leben von Erdal Eren

Todesurteil gegen 17-jährigen Schüler aufgehoben

Das Todesurteil gegen den 17-jährigen Schüler Erdal Eren wurde vor zwei Wochen durch ein Berufungsgericht in Ankara aufgehoben. Erdal Eren wurde beschuldigt einen Soldaten getötet zu haben. (Siehe ID 339)
Durch den massiven Druck in der Öffentlichkeit (allein in der BRD waren über vierzigtausend Unterschriften gesammelt worden) und durch diplomatische Stellen sah sich das Gericht gezwungen Untersuchungsergebnisse der Kriminalpolizei endlich aktenkundig werden zu lassen.

In der Urteilsbegründung heißt es nun, daß auf Grund des Schießkanals, den die Leiche des am 2. Februar erschossenen Soldaten aufwies, kein Zweifel mehr bestehe, daß Erdal Eren den Soldaten nicht getötet habe. Dieser sei aus nächster Nähe von hinten getötet worden, Erdal Eren habe aber in grösserer Entfernung zu dem Soldaten gestanden.

BRIGITTE HEINRICH VERURTEILT

Karlsruhe 30. Juli 1980

Brigitte Heinrich wurde am 25.7.80 nach zehnmonatigen Prozeß (s. ID Nr. 305, 306, 308, 309, 310, 324, 325, 339, 342) wegen Vergehens gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Sprengstoffgesetz zu 21 Monaten Knast verurteilt. Ohne Bewährung. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Das Gericht sagte nichts darüber, ob die fünf Monate Isolationshaft dabei angerechnet werden.

Daß Brigitte die deutsche Frau gewesen sei, die mit ihrem grünen VW zehn Tretminen und vier Handgranaten über die grüne Grenze aus der Schweiz nach Deutschland transportiert habe, sei eindeutig, behauptete das Gericht. Daß sie diese Minen aber an die vom BKA kreierte „Nachfolgeorganisation der RAF 4.2." weitergegeben habe (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung), sei nicht zu beweisen gewesen.

Die Kosten des Verfahrens (vor allem die häufigen Auslandsreisen des Gerichts), ca. eine Viertelmillion Mark, soll Brigitte bleichen. Die Verteidigung hat Revision beantragt. Wird dieser nicht stattgegeben, heißt das, daß Brigitte erneut in den Knast muß.

Schnell war das Urteil fertig, nachdem gerade zwei Tage zurvor plädiert wurde, und drei Tage vorher der Hauptentlastungszeuge Teherani in Kopenhagen vernommen worden war.

Das Gericht hatte es dermaßen eilig, daß es sogar vergaß, sein Urteil „Im Namen des Volkes" zu sprechen. Selbst dem Urkundsbeamten des Gerichts ging es zu schnell: Der Aufforderung von Rechtsanwalt Baier, den protokollierten Räumungsbeschluß des Gerichts doch nochmal vorzulesen, konnte er nicht nachkommen — vielleicht kann er schreiben, lesen konnte er jedenfalls nicht.

Aber so skurril wie die Protokollierung des Prozesses war auch die Fähigkeit des Gerichts: Nach zehnmonatiger Verhandlungsdauer erklärte es beredt, was man in diesem Prozeß nicht alles gemacht hat, um — kaum abweichend von der Anklageschrift — Brigitte zu verurteilen: Da die unmittelbaren Zeugen sich geweigert hatten, vor dem Karlsruher Gericht zu erscheinen, hatte das Gericht mit allen erdenklichen Mitteln es geschafft, mittelbare „Beweise" (alte Gerichtsurteile, Vernehmungsprotokolle, Vernehmungsprotokolle über die Vernehmung von Vernehmungsprotokollanten. . .) zu ENTWICKELN.

„Wir haben zugunsten der Angeklagten entwickelt", versprach sich mit freudscher Deutlichkeit der Vorsitzende Richter Burkart bei der Urteilsbegründung, was die ca. 50 anwesenden Zuhörer in spöttisches Gelächter ausbrechen ließ, und dem so gekränkten Richter Anlaß gab, die lästige Öffentlichkeit mit Polizeihunden aus dem Saal zu treiben. Hundegebell begleitete dann auch den Restvortrag der Urteilsbegründung, dem nur noch Pressevertreter und ein Polizeibeamter als ‚Öffentlichkeit' lauschen durfte.

Staatsanwalt Ens hatte sich in seinem Blödoje noch bemüht, die Erklärung Brigittes infrage zu stellen, daß sie nämlich an der Grünen Grenze war, um diese für Anti-Schah-Aktivitäten in der Schweiz zu erkunden. Wenn auch, wie üblich, dümmlich: Es könnten keine größeren Scharen unbemerkt die Grüne Grenze überqueren. Ein Attentat auf den Schah wäre erst für später geplant gewesen, im übrigen wäre die Überquerung der offiziellen Grenze viel weniger gefährlich als die der Grünen Grenze ohne Sachkundigen. Außerdem könne man sich nach zweimaligen Begehen einer Grünen Grenze nicht ohne weiteres an den Weg erinnern. Die Aussagen Brigittes seien so dürftig, und „wer dürftige Aussagen macht, hat was zu verbergen."

Das Gericht selbst ist auf die Erklärung von Brigitte in der Urteilsbegründung erst gar nicht eingegangen.

Wie Staatsanwalt Ens benutzte es die Konstruktion einer Täterpersönlichkeit (seit Anfang der 70er Jahre in Kontakt zur Terroristenszene zu stehen), um auf dieser Grundlage hundertprozentig sagen zu können, wie der Transport der Minen stattgefunden hat, und daß die Transporteurin nur Brigitte gewesen sein kann.

Hatte Herr Ens gesagt, daß die „innere Einstellung" der Angeklagten Beweis genug dafür sei, daß sie Handgranaten und Tretminen geschmuggelt habe, so konstruierte Richter Burkart, daß Brigitte unter einem Rechtfertigungszwang den Transport vorgenommen habe, um ihre Loyalität gegenüber den Terroristen zu beweisen.

Eine Kostprobe der Denkungsart des Herrn Ens: 1. Brigitte habe sich nicht von einer kriminellen Unterstützung dieser Art distanziert, 2. deswegen ist sie die terroristische Täterpersönlichkeit, wie sie die Anklageschrift beschrieben hatte, 3. die anwesenden Zuhörer sind ihre Sympathisanten, 4. und damit Sympathisanten des Terrors, 5. die Anwesenheit von Sympathisanten des Terrors beweise die Schuld Brigittes. Darüber hinaus, so Ens, würde von den Anwesenden über den Prozeß in politischen Blättern berichtet, die nicht vom Terrorrismus abgerückt seien, z.B. sei in einer Anzeige in einem dieser Blätter dem Generalbundesanwalt Rebmann das Schicksal seines Vorgängers gewünscht worden.

Obwohl die Anwälte, die im Prozeß zur Sprache gekommenen Anklagepunkte und die Fragwürdigkeit der Beweiserhebung minuziös auseinandergepflückt hatten, fuhr das Gericht wie ein Bügeleisen über die disparaten Fetzen der Anklage, um anschließend ein faltenfreies Porträt der Schuldigen zu präsentieren. (Wie den gläubigen Katholiken im regelmäßigen Abstand von 50 Jahren, dem sogenannten Heiligen Jahr, im Dom zu Trier das Schweißtuch Jesu mit seinem echten Antlitz gezeigt wird.)

Rechtsanwalt Baier hatte in seinem Plädoyer noch einmal alle Aussagen zum Tathergang aufgezählt, die mehr Versionen als Aussagen ergaben. Das Gericht griff sich eine heraus, und behauptete diese als einzige Wahrheit — gerade diese Version hat der Schweizer Vernehmungsbeamte Müller als sehr unwahrscheinlich bezeichnet.

Der Entlastungszeuge Teherani, seit den 50er Jahren in Opposition zum Schahregime, vom Savak gefoltert, und politischer Asylant in der BRD, war in der Zeit der „Tat" mit Brigitte eng befreundet. Er hatte ausgesagt, sie sei d i e europäische Intellektuelle gewesen, die mit am meisten die iranische Opposition unterstützt habe. Für die iranische Opposition in Europa sei es klar gewesen, daß jeder Kontakt zu bewaffneten Gruppen in dieser Zeit todgefährlich gewesen sei. Er hätte sicher gewußt, wenn Brigitte bei den ihr vorgeworfenen Aktivitäten beteiligt gewesen wäre.

Doch diese Aussage war dem Gericht nicht so wichtig. Vielmehr maß es eigenen abstrusen Spekulationen über willkürlich herausgerissene Sätze aus privaten Briefen ‚sichere Beweiskraft' zu.

Das Gericht überzeugte sich also im Verlauf der ausführlichen Beweisaufnahme von der in der Anklageschrift formulierten Einschätzung Brigittes durch Generalbundesanwalt Rebmann, der in ihr eine Person sieht, die ihre intellektuelle Tätigkeit, ihre legalen politischen Aktivitäten, z.B. gegen den Schah von Persien, nur als Fassade benutzte, um dahinter ihre eigentlichen terroristischen Energien voll entfalten zu können.

Nur so konnte sich das Gericht nachträglich Brigittes Dreistigkeit erklären, mit der sie diesen Waffenschmuggel vorgenommen hat: Gestatten, mein Name ist Brigitte Heinrich, ich bin mit meinem polizeilich gemeldeten bekannten dunkel bis hellgrünen VW hierher gekommen, um von Ihnen Tretminen und Handgranaten zu übernehmen, die ich an die Firma „4.2." weiterleiten werde.

Spendenkonto: Frankfurter Sparkasse von 1822, Kto.Nr. 336 812 43. Kontakt: AStA Uni Ffm, Tel.: 0611/ 777 575.



DIE PRAKTIKEN VON STAATS- UND VERFASSUNGSSCHUTZ AM BEISPIEL HAMBURG

Hamburg, 25. Juli 1980

In Hamburg hörten und beobachteten Genossen zwei Jahre lang die Praktiken des Staats- und Verfassungsschutzes und brachten ihre Erfahrungen damit in einer Broschüre heraus.

Während Spiegel, Stern, Zeit und taz nur eine Story daraus machten und einräumten, daß der „Schaden für die Behörde schwerwiegend" (Spiegel 30/80) sei, kam kein Wort darüber, wie schwerwiegend der Schaden für unsere „freiheitlich-demokratische Grundordnung" durch die Behörden ist.

Deshalb wollen wir nachfolgenden Text unseren Lesern nicht vorenthalten, und ihn zu Dokumentationszwecken abdrucken, damit sich der „mündige Bürger" selbst ein Bild von seinen „Schützern" machen kann. Schließlich muß man doch wissen, wen er demnächst als seinen Beschützer zu wählen hat, oder nicht!?!

Natürlich wollen wir nicht vergessen zu erwähnen, daß dieser Text nicht zu Nachahmungszwecken gedacht ist und jeglicher Mißbrauch behördlich verfolgt werden kann.

Don Camillo/ID

Wir stellen euch eine Broschüre vor, die uns viel Angst, Streit und Arbeit gekostet hat. Wir fingen im deutschen Herbst damit an, weil wir mit dem Ausmaß an Überwachungs- und Kontrollstaat (Kontaktsperre, riesengroße Koalition im Krisenstab, Presse-Gleichschaltung, EDV, usw.) und die sich daraus ergebende Repression gegenüber jeder Art von linkem Widerstand (z.B. Bullenaktionen in Stammheim, zu Kalkar, am 1.Mai 78 zur Demo im Hamburger Schanzenviertel ein Jahr nach Stammheim) nicht mehr klarkamen. Die Führung im Staat wollte „Ruhe im Land" und sie bekam sie auch — in gewisser Weise auch von uns. Jede öffentliche Solidarisierung z.B. mit dem Kampf aller möglichen Gefangenen wurde für uns zum Horrortrip.

So wie wir gingen viele nicht mehr auf diesen Horrortrip und die Öffentlichkeitsarbeit zu Knast, Imperialismus und Staatsfaschismus wurde nur noch von einem kleinen Teil von Leuten wahrgenommen. Diese waren für den Staatsschutz (SS) und den Verfassungschutz (VS) umsobesser überschaubar und erfaßbar, was zu immer gezielteren und effektiveren Repressionen führte, wodurch der Apparat einen immer stärkeren Abschreckungs- und Präventivcharakter bekam.

Genau das war wohl auch das Ziel der Strategie: letztendlich unseren Widerstand auf der Entscheidungs-, Wahrnehmungs- und Verwußtseinsebene zu brechen; es sollte eben die beannte Schere im Kopf nicht nur der Journalisten, sondern der gesamten Linken installiert werden.

Macht hat aber, meine ich, immer einen objektiven Bestandteil, z.B. das so oft strapazierte Kräfteverhältnis und einen subjektiven, d.h. wie stark nehme ich die Staatsmacht wahr, wie sehr lasse ich mich von ihr einschränken. Wenn es soweit ist, daß ich mich nur aus einer Einschätzung ihrer Stärke, ohne ständig zu provozieren und ständig wieder zu handen, zu einem Zustand der Ohnmacht und Passivität zwingen lasse, ist natürlich klar, daß der SS mir gegenüber die größte Macht darstellt, die ich mir überhaupt vorstellen kann, denn er kann mich nicht nur in den Knast stecken, sondern er beginnt auch meine Gedanken und Überlegungen zu beeinflussen, er ist allgegenwärtig, mein Bild von seinen Fähigkeiten wird irrational, paranoid, ich bin endgültig ohnmächtig.

Ein Beispiel: Hausbesetzung in Hamburg. Früher mußte die Polizei auch hier ab und an mal besetzte Häuser räumen. Das hat jedesmal Staub aufgewirbelt, vor allem, weil die Bullen dabei sehr brutal vorgegangen sind (z.B. 1.5.78). Auf die Dauer hat sich das für die Bullen hier gelohnt, denn der Staub hat sich längst wieder gelegt, aber der Schrecken wirkt immer noch Jahre hinterher wie ein Mythos nach. Heute, 1980, sehen sich die Freaks in allen Vierteln, die noch schön sind, mit an, wie's immer weiter bergab geht mit den Häusern und Menschen. Wird mal die Möglichkeit praktischen Widerstands dagegen, z.B. durch eine Hausbesetzung, angesprochen, hat sich das mit dem Reden darüber meist ziemlich schnell, es wird auf „Na, du weißt schon, 1. Mai und so" hingewiesen und schon

ist Ende mit Widerstand; und jeden Monat „unser Schanzenviertel" (Stadtteilzeitung der DKP) herauszugeben, verhindert da auch nichts. Das nenne ich die totale Kontrolle.

So hatte die Arbeit an der Broschüre für uns zwei Aspekte: Einmal, wir waren auch ganz schön ins Boxhorn gejagt, von dieser ständigen Konfrontation mit dem Militärstaat BRD (Bullen, BGS) und dem OIA-Staat BRD (VS, SS), aber wir wollten die Hände nicht einfach nur in den Schoß legen, uns nicht einfach nur in unser Schicksal ergeben, wir wollten irgendwie den Widerstand nicht nur anderen überlassen, aber eben unöffentlich. Zum anderen, wir wollten natürlich nicht irgendwas machen, uns einfach nur beschäftigen oder nach Poona gehen.

Da lag es für uns nahe, diesen Apparat in diesem ganz konkreten Zusammenhang Hamburg mal unter die Lupe zu nehmen, wie arbeitet er, was weiß er, was kann er wirklich und vor allem, was kann er wirklich verhindern, wenn wir nicht mitspielen. Vielleicht war es so für uns möglich, den Mythos der Totalität aufzulösen und wieder handlungsfähig zu werden. Ein beabsichtigtes und sehr praktisches Abfallprodukt der Arbeit war für uns auf jeden Fall ein Katalog von Informationen, durch die wir Widerstandsaktionen sicherer und vor direkter Verfolgung und Aufdeckung geschützter gestalten konnten, ähnlich dem Schweizer Buch „Spuren im Schloß" zum Thema Spurensicherung.

Kurzum, dieses Werk ist nicht für den Bücherschrank von Leuten gedacht, die immer nur zuschauen und analysieren, sondern in erster Linie für diejenigen, für die Widerstand nicht bei den durch den Staat gesetzten Grenzen aufhört. Wir wenden uns an Leute, denen die Ruhe und Idylle mitteleuropäischen Wohlstands, egal ob alternativ oder bürgerlich, unter den Nägeln brennt — meine Utopie ist eine Welt ohne Schweine.

WARUM WIR DIESE BROSCHÜRE HERAUSBRINGEN:

da wir eine ganze Menge über Staatsschutz, Verfassungsschutz und ihren Funk wissen + das auch an andere Leute weitergeben wollen.

da wir dem Mythos: „Die Bullen wissen eh' fast alles" und „Da kannst du eh nix gegen machen" präzise Informationen entgegensetzen wollen. Informationen, die unseren alten, eigenen Einschätzungen darüber, wie schlau die Bullen arbeiten, völlig entgegenlaufen. (Z.B. daß die Staatsschützer bei Observationen ihre geregelte Arbeitszeit einhalten)

da wir zur Zeit immer wissen, ob und von wem wir observiert werden — und das nicht nur durchs Funk-Abhören, und auch wollen, daß andere das für sich herausbekommen können

da es ein schönes Gefühl ist, einen Zivilwagen an seiner Antenne zu erkennen, zu wissen, das sind Bullen, aber sie wissen's nicht, daß wir's wissen

da immer die gleichen Spitzel auf den Demos sind; es möglich ist, sie genauso gut zu kennen, wie sie uns kennen — so daß jede Demo für sie ein Operieren im Feindesland ist

** weil durch die Veröffentlichung das Wissen um den Fieselapparat zu Allgemeingut wird

da die Bullen diese Broschüre — wenn wir sie unter der Hand weitergegeben hätten — nur etwas später als jetzt gekriegt hätten, fanden wir es besser, möglichst spektakulär zu veröffentlichen!

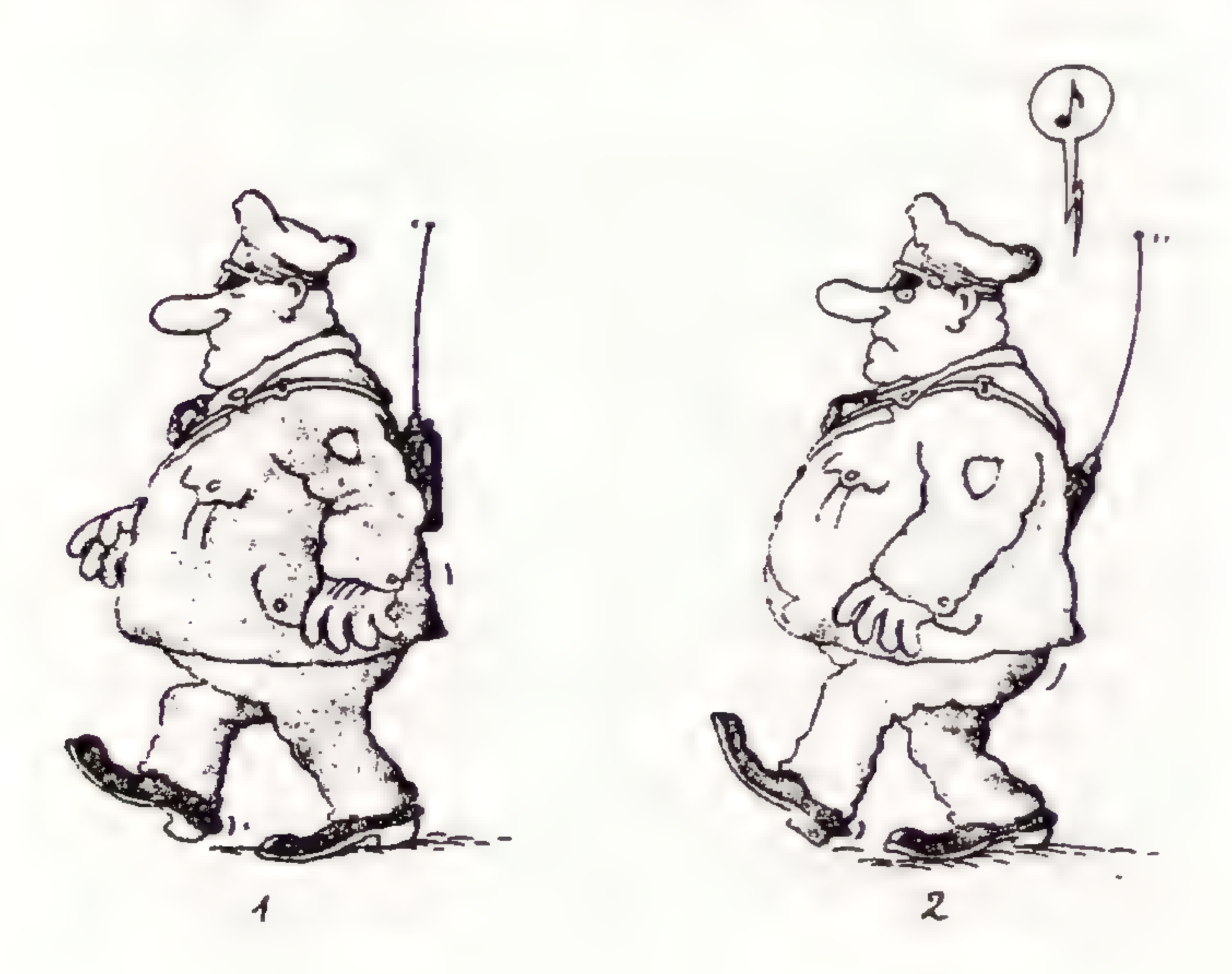
BULLEN-FUNKBETRIEB

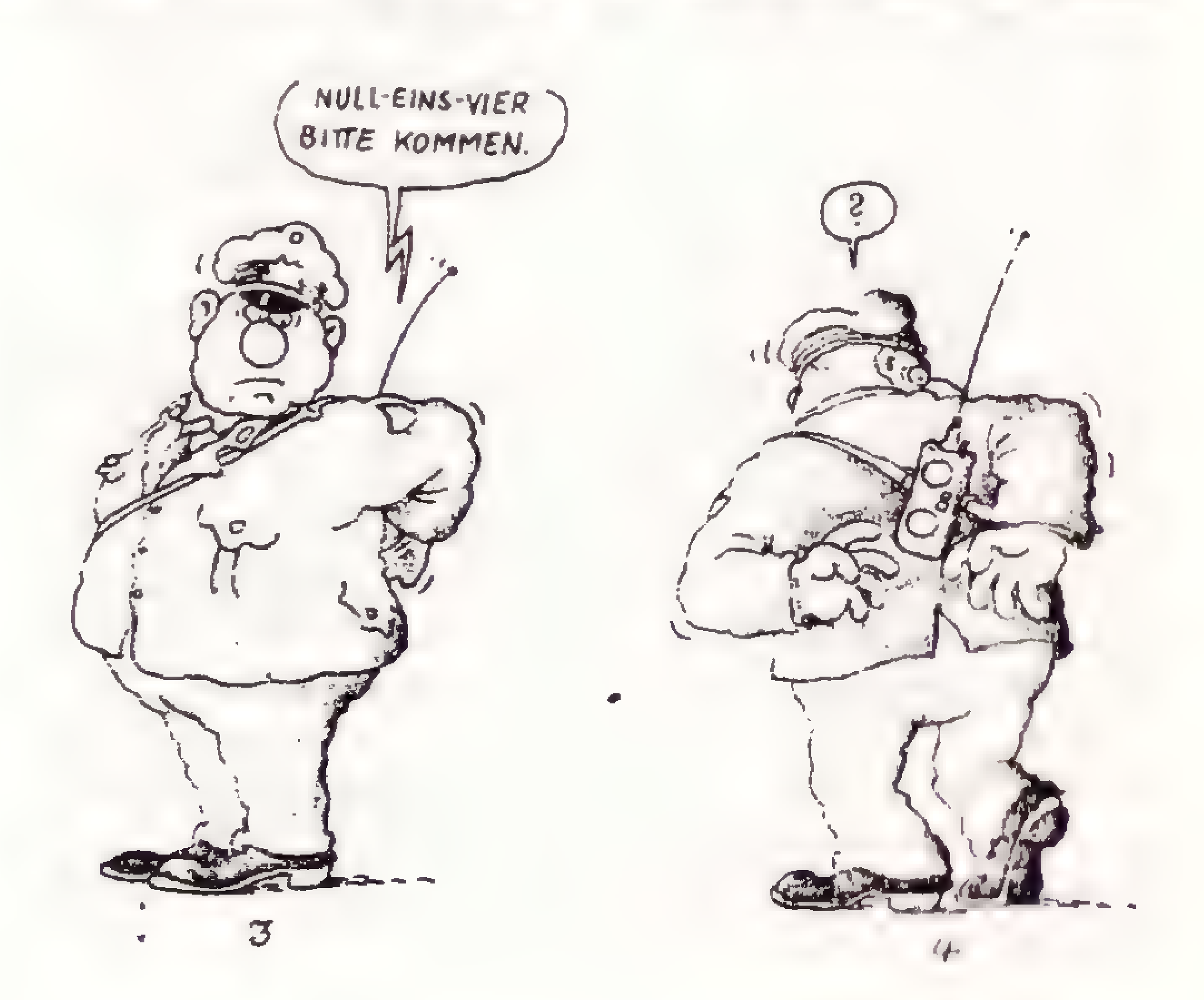
Wenn du hören willst, was die Bullen in ihrem Funk sagen, mußt du dir einen Spezialempfänger besorgen. Er muß im UKW-Bereich folgende Frequenzen empfangen können: 75 Mhz bis 87,5 Mhz im sogenannten „4-m-Band"; 167,5 Mhz bis 174,2 Mhz im sogenannten „2-m-Band". Zum Vergleich: Ein normales UKW-Radio empfängt von 87,6 Mhz bis ca. 108 Mhz. In den einschlägigen Fachzeitschriften wie „Funkschau" und „ELO" findest du Anzeigen für solche Spezialgeräte; sie heißen „Skylark" oder „Combi-Control" und werden von Elektronik-Versandhäusern verkauft. Hüte dich aber, deinen Namen und deine Adresse abzugeben. Die Bullen filzen deren Karteien und schon mancher Hobbyhörer ist auf diese Weise erwischt worden; also nur hinfahren und sehen, ob du eines im Barverkauf erstehen kannst. In Großstädten gibt es einige Radio- und Funkgeschäfte, die solche Geräte auf Lager haben; du kannst einfach hingehen und sie dir kaufen. „Akylark" kostet rund DM 550,-, „Combi-Control" kostet DM 125,-. Der Besitz eines solchen Gerätes ist erlaubt, wenn du sagst, daß du es ins Ausland verschicken willst (in den USA ist das Bullenfunkhören nicht verboten); der Betrieb des Gerätes ist verboten. Na und?

Außerdem gibt es im Ausland (z.B. Amsterdam) Spezial-Überwachungsempfänger, sogenannte "Scanner" beispielsweise „Bearcat 250".

Es sei kurz etwas über die Qualität der drei Geräte gesagt:

„Combi Control" ist billig und so klein, daß du ihn in der Manteltasche verschwinden lassen kannst. Der 4-Meter-Empfangsteil ist sehr schlecht. Der 2-Meter-Empfangsteil arbeitet ungenau, d.h. du kannst nicht genau auf einen Kanal einstellen, sondern empfängst die Nachbarkanäle mit (wenn







auf ihnen gesendet wird). Zum Beispiel: Wenn du den Staatsfunk in Hamburg (Kanal 257) abhörst, strahlt der Rotkreuzfunk (ca. Kanal 250) mit ein; das stört dann, ist aber erträglich, da beide selten zur gleichen Zeit funken. Das Gerät reicht völlig aus, um sich mal gezielt den Bullenfunk bei einer Demo anzuhören oder um zu wissen, ob sich Bullen in deiner Nähe befinden.

„Skylar" ist da schon technisch besser. Es hat die Größe eines Kofferradios. Mit ihm kannst du den 4m- und den 2m-Bullenfunk empfangen und auf einen Kanal genau einstellen, mußt allerdings ziemlich viel kurbeln. Wenn du den Bullenfunk über längere Zeit überwachen willst, kannst du ein Tonband, bzw. einen Cassettenrecorder mit Akustomat (Genaueres s. Technikteil) anschließen, was mit dem „Combi-Control" schlecht möglich ist.

Die großen Überwachungsempfänger („Scanner") sind so'ne Art Kleincomputer, in die du bis zu 50 verschiedene Kanäle eintippen kannst. Das Gerät tastet dann in Sekunden alle eingegebenen Kanäle ab und bleibt bei dem Kanal stehen, wo gerade gesendet wird.

Zum Beispiel: Der Verfassungsschutz (VS) in Hamburg sendet auf den Kanälen 201 bis 209 im 2m-Band, wobei oft mehrere Observationstrupps auf verschiedenen Kanälen zugange sind und manchmal die Kanäle gewechselt werden. Während du nun mit dem „Skylark" immer nur einen Kanal hören kannst (mit dem „Combi-Control" kannst du den VS fast gar nicht empfangen, dafür ist das Gerät zu unempfindlich), tippst du in den „Bearcat" alle Frequenzen der Kanäle 201 bis 209 ein und läßt es „scannen". Das Gerät tastet in weniger als 1 Sekunde alle 9 Kanäle immer wieder ab. Sowie auf einem Kanal gesprochen wird, bleibt das Gerät bei dieser Frequenz stehen und du hörst, was geredet wird. Ist der Funkspruch zuende, sucht das Gerät weiter bis zum nächsten Funkspruch usf. Darüber hinaus kann man noch allerlei Kunststücke damit vollführen; so kann das Gerät z.B. auch aus einem eingetippten Frequenzbereich alle die Kanäle heraussuchen, auf denen gefunkt wird — das ist dann wichtig, wenn du noch überhaupt nicht weißt, wo beispielsweise der Staatsschutz funkt. Für Langzeitüberwachungen ist es sehr gut geeignet, es hat neben einem Tonbandausgang auch einen eingebauten Akustomaten. Den „Bearcat" gibt es am günstigsten in der Schweiz (s. Kleinanzeigen in „ELO" oder „Funkschau"); er kostet zwischen 750,- DM und 900,- DM. Aber bloß nicht bestellen, in jedem Fall hinfahren und an Ort und Stelle kaufen.

Wie du dein UKW-Radio auf 4-Meter-Bullenfunk umtrimmen kannst, ist weiter unten beschrieben. Hast du dir eines dieser Spezial - Radios besorgen können, wirst du es sicherlich gleich auf die heissen Frequenzen einstellen wollen. Doch da fängt das Dilemma an: zum einen senden die Bullen ja nicht ständig. Was bedeutet, daß du ziemlich lange kurbeln mußt, bis du endlich mal einen Funkspruch von ihnen erwischt hast. Und was du dann zu Ohren kriegst, sind zunächst mal nicht die 'irren heißen Infos aus dem Bullenapparat', sondern völlig dröhnige Routinesprüche wie: 'Merkur von Merkur 11/6 bitte kommen' oder ' 7, der 7 /08 geht auf Pieper'. Doch bei längerem Hinhören kommen auch recht interessante Dinge dabei heraus. Mit einem Cassettenrecorder mit Akustomat (näheres siehe unten) kannst du dir die Arbeit ungemein erleichtern, und zwar soweit, daß du nicht die ganze Zeit dabeihocken mußt.

WENN ICH AUF DIE DEMO GEH. . . ODER ES GRÜNT SO GRÜN. . .

Ich geh' auf ne Demo oder treff mich so mit Leuten, um zum Beispiel die Fassade der Firma, die so gut an AKW's verdient, zu verschönern. Ehe ich meine konspirativen Plastiktüten (hihi §§§§) auspacke, möchte ich natürlich rauskriegen, ob da nicht schon der Staatsschutz, das MEK oder andere terroristische Gewalttäter auf mich warten!

Zuerst würd ich mal um den Block gehen und Autos angucken. Und zwar:

— nach bekannten Autonummern (Listen!)
— nach Tarnantennen
— nach Autos, die immer wieder um den Block herumfahren
— auch mal in den Seitenstraßen nach Autos gucken. Lohnt sich oft!

Funk

Vorher oder während der Aktion den Funk abhören:

— das Band vom Staatsschutz, da besonders das Unterband; wenn sie im Unterband zu hören sind — selbst wenn sie verschlüsselt reden — heißt das, sie sind in ca. 1 km Umkreis, je nach Standort des Empfängers
— den Martha/Merkur-Kanal (Greifer, MEK u.ä.), da hört ihr, ob eine Verhaftung auf euch zukommt
— evtl. den Verfassungsschutz, der guckt sich aber nur alles an, verhaftet nicht/natürlich nicht weniger schlimm
— evtl. noch den Streifenwagenbullen-Kanal.

Das hört sich so schlimm an, ist aber mit einem dieser Scanner prima zu bewältigen.

Zwielichtige Gestalten

Das heißt, bei deinem Rundgang guckst du auch nach Gesichtern (siehe Fotokartei), aber auch so nach Gefühl, wer oder welche von der anderen Seite sein könnten. Da helfen so ein paar Kriterien:

— betont unauffälliges Herumgehen und Stehen
— wenn Flugblätter verteilt werden, nehmen sie meist welche, gehen aber zum Lesen oft auf die andere Straßenseite (zum Text durchfunken)



— hat er/sie ein Funkgerät bei, genauer, gibt es Platz genug in seiner Wäsche, um ein Funkgerät unterzubringen. Also, ein Typ in engen Jeans und T-Shirt ohne so'n (Herren-Strich-) Täschchen kann kein Funkgerät mit sich führen; ohne, daß du's siehst; im Winter ist da von der Kleidung her nichts zu sehen. Und ohne Funkgerät laufen die kaum rum, 's könnt ja sein, daß sie jemand enttarnt und sie verhaut.

BEWEISEND wird das erst, wenn mehrere Punkte zusammenkommen, z.B. ein verdächtiger Typ schleicht um dich herum und du gehst ihm nach und er steigt in ein Auto mit Tarnantennen; im Funk haben andere gehört, daß der 61 gerade zur Fußaufklärung unterwegs war. Wenn du dann den Kerl noch ablichtest, die Autonummer aufschreibst und den Kram veröffentlichst, machst du genau das, was wir die letzten Jahre gemacht haben und wir wären dir sehr dankbar dafür. Natürlich kannst du dich dann auch viel sicherer bewegen.

ZUR TECHNIK: WIE KANN MAN MITHÖREN?

1. Die Bullen senden auf mindestens zwei unterschiedlichen Bereichen: 4m- und 2m-Band entsprechen Frequenzen im Bereich 75.2. . . 87.5 Mhz bzw. 167.5 . . . 174.00 Mhz. Im 4m-Band existieren 120 Kanäle, die die Nummern 400 . . . 519 tragen, die 92 Kanäle des 2m-Bandes heißen 200 . . . 292. Zu diesen Sprechfunkkanälen kommen dann noch feste Kurzwellen-Verbindungen für Fernschreiber, Richtfunk zur Datenübertragung zwischen Feststationen und zur Übertragung von Fernsehbildern von fest angebrachten Kameras oder sogar eigenen Übertragungswagen.

Für uns ist es am aufschlußreichsteen, das Verhalten der Bullen bei Demos, Bespitzelungen und ähnlichen Anlässen zu beobachten, deuten und evtl. vorhersagen zu können, daher ist das Hören des Sprechfunks sehr wichtig.

Sprechfunk von Bullen haben wir aber bisher nur im 2m- und 4m-Band hören können, obwohl auch im 70cm-Band (ca. 460 Mhz) und bei ca. 1 Ghz für die Sicherheitsbehörden Kanäle reserviert sind. Der Schnüffelstaat baut vor.

Immerhin gibt es auch noch andere Behörden, deren Tätigkeit uns (be)treffen kann und deren Ratten sich über Sprechfunk verständigen.

Schließlich gibt es Anhaltspunkte dafür, daß — wenn die Bullerei mit Wanzen u.ä. drahtlose „Lauschangriffe" durchführt, diese Geräte zumindest manchmal auch in den genannten Bereichen arbeiten. Für die Bullen hat dies zumindest den Vorteil, daß als mögliche zufällige Mithörer legal nur ihre eigenen Kollegen infrage kommen. Allerdings kann man bei einer Wanze meist nicht garantieren, daß sie im Lauf ihres Betriebs nicht langsam ihre Frequenz ändert und in den Nachbarkanal wandert.

Gemeinsam ist allen Sprechfunkbereichen, daß in einem festen Kanalraster von 20 khz gefunkt wird. D.h., daß ein Sender (Handgerät oder Feststation), der z.B. bei 173.30 Mhz arbeitet, für eine verständliche Wiedergabe in Wirklichkeit den Bereich zwischen 173.290 und 173.310 Mhz belegt. Der Nachbarkanal liegt dann bei 173.32 Mhz. Die Frequenzangabe für einen Kanal legt also immer nur dessen Mittenfrequenz fest.

Aus der Bandbreite (hier beim Sprechfunk 20 Khz) bestimmen sich aber die Übertragungsqualität: die Bullen übertragen im Sprechfunk nur ungefähr Telefonqualität; dafür genügen 20 Khz, wollten sie aber auch ihr „Lalü/Lala?" im HiFi übern Äther schicken, so brauchten sie erheblich mehr. UKW-Rundfunksender haben deshalb auch 250 Khz Bandbreite. Das ist für uns ein Nachteil, wenn wir normal breitbandige UKW-Radios zum Empfang des 4m-Bandes umtrimmen: Da hier die Kanäle viel dichter zusammenliegen, kann so ein Radio theoretisch bis 12 Kanäle gleichzeitig empfangen. Meist versteht man dann nichts mehr, sondern hört nur noch Zischen, Zirpen, Quietschen. Solche Geräusche sind immer typisch für die Überlagerung mehrer Kanäle; Sprachverschleierung klingt anders. Im 2m-Bereich hat man diese Probleme nicht so: Den kriegt man mit umgebauten Normalradios nämlich gar nicht, deshalb fühlen sich die Bullen hier auch sehr viel sicherer und man muß sich somit andere Empfänger besorgen.

In der Praxis sind aber die Nachteile breitbandiger Empfänger kleiner als erwartet; das hat zwei Gründe:
— die Bullen senden fast nie auf all ihren Kanälen gleichzeitig;
— die BRD ist mit einem rautenförmigen Raster überzogen, das festlegt, welche Behörde in welchem Gebiet welche Kanäle benutzen darf, ohne ihre Nachbarn zu stören. Damit steht in jedem einzelnen Bezirk theoretisch nur jeder 5.Kanal zur Verfügung — praktisch macht man natürlich regionale Unterschiede und gibt z.B. Frankfurt mehr Kanäle als Friedberg usw.

Trotzdem ist es fast immer möglich, auch mit primitiven Empfängern gute Ergebnisse zu haben — wichtiger als hochspezialisierte Empfänger ist ohnehin das regelmäßige Hören (also nicht nur bei Demos) und die Diskussion über das Gehörte, um z.B. den Dschungel des Funk-Kauderwelsch zu durchbrechen und rauszufinden, auf was für Informationen die Bullenführung ihre Entscheidungen stützt und wie sie diese erlangt hat.

Schon aus der Sprechweise der einzelnen Bullen und ihrer Art, auf Weisungen etc. anderer Bullen zu reagieren, kann man sehr schnell Rückschlüsse auf die interne Kommandostruktur machen. Viel Phantasie ist notwendig, Graphiken können helfen, man muß den Funk vom Band mehrfach hören. . .

Es genügt aber eben nicht, nur während einer Demo den Funk zu hören, weil man dann nur solche Bullen-Generäle hört, die sich in ihrem strategischen Sandkasten gut, in den Alltagsproblemen des Schnüfflers von der politischen Kripo gar nicht auskennen. Diese sind aber für uns wichtiger, da sie u.U. was mit unseren eigenen Alltagsproblemen zu tun haben.

Das tägliche Abhören von Schnüffelaktionen u.ä., die sich noch dazu oft zu den unmöglichsten Zeiten abspielen, ist nur dann möglich, wenn man dazu ein Tonband verwendet, das sich nur dann einschaltet, wenn auch gesprochen wird. Dann reduziert sich der Zeitaufwand auf eine halbe Stunde am Tag oder weniger.

Voraussetzung für eine solche Tonbandsteuerung ist, daß man erst im Radio ein Signal erzeugt, mit dem man das Tonband einschalten kann, und daß vor allem das Tonband für diese Art Fernsteuerung geeignet ist. (Dazu ist mehr im technischen Anhang dieses Kapitels.)

Zur Erzeugung des Signals gibt es zwei Verfahren: entweder hat der Empfänger ein S-Meter, das ist ein Anzeigegerät für die Stärke des empfangenen Senders oder zumindest eine Anschlußmöglichkeit dafür im Inneren. (Will man ein umgebautes UKW-Radio verwenden, unbedingt Schaltplan besorgen.) Dann kann man einen Schaltverstärker dranhängen (Bauanleitung weiter hinten) und man erhält eine Spannung, die nur dann eingeschaltet wird, wenn auch Feldstärke da ist, wenn also irgendein Bulle auf die Sprechtaste gedrückt hat.

Oder der Empfänger ist nicht so komfortabel: dann rauscht's, wenn kein Trägersignal zu empfangen ist, und das Rauschen verschwindet, wenn ein Sender empfangen wird, wenn also irgendjemand quasselt. Mit einer geeigneten Schaltung (Bauanleitung ebenfalls weiter hinten) kann man dies Rauschen herausfiltern und dann — je nachdem, ob Rauschen da ist oder nicht - das Tonband ein- oder ausschalten. Grundsätzlich können alle diese Schaltungen auch den Lautsprecher stummschalten, wenn nicht gesprochen wird. Solche Schaltungen heißen ‚Rauschsperre' oder ‚Squelch', sind bei allen Funkgeräten und den meisten kommerziellen Empfängern vorhanden und sollten in ihrer Empfindlichkeit einstellbar sein. Bei neueren HiFI-Geräten gibt es häufig eine ähnliche Schaltung zur Rauschunterdrückung zwischen den Sendern: deren Empfindlichkeit ist nur im Gerät einstellbar, von außen kann nur die Rauschsperre ein- oder ausgeschaltet werden mit einer Taste, die meist ‚Muting' heißt. Solche Empfänger sind für uns gut geeignet.

Schließlich gibt es noch viele Empfänger, die von vornherein schon über die Bereiche des Bullenfunks verfügen; sei es, weil in anderen Ländern die Rundfunkbereiche anders liegen, sei es auch, weil z.B. in den USA das Abhören des Bullenfunks nicht verboten ist und viele, z.T. sehr schöne Geräte, extra für diesen Markt hergestellt werden. Kauft man unter diesem Aspekt also einen Welt- oder „Überwachungs-Empfänger", wie sie in vielen Geschäften oder Versandhäusern angeboten werden, so sollte man darauf achten, daß dieser zumindest über einen VHF-Bereich (VHF = very high frequency) verfügt: 167.5. . . . 174.00. . . Mhz sind gefragt. Manchmal wird diese Band auch als H-PB (high-police-band) bezeichnet.



„Typischer 70er" (Spitzel, d. Red.) mit Staatsschutzvisage und Terroristenjägerblick

Die entsprechenden Bändern sind in den USA und der BRD weitgehend gleich, wahrscheinlich historisch bedingt durch die technische Ausstattung der westdeutschen Bullen, die nach dem Krieg durch die Alliierten wiederaufgerüstet wurden.

Der Empfänger muß möglichst schmalbandig sein; wenn draufsteht, daß er eine Zweifach-Überlagerung macht (double conversion), so ist dies ein eindeutiger Hinweis. Der betriebsfähige Besitz solcher Geräte ist in der BRD grundsätzlich illegal, nicht jedoch der Handel damit.Das bedeutet:

Selbst wenn ihr noch nicht genau wißt, ob Ihr dies neue Hobby weiter betreiben wollt und ob es sich mit eurer sonsti-



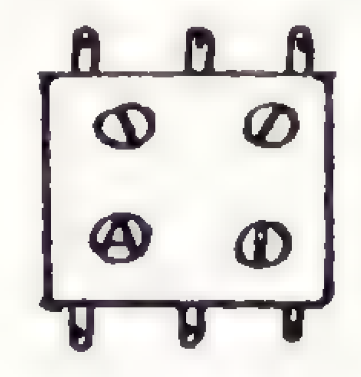
gen (politischen) Tätigkeit verbindet, solltet ihr keinesfalls zum Besorgen solcher Geräte den Versandweg wählen.

In letzter Zeit gab es nämlich verschiedentlich Durchsuchungen bei Händlern, u.a. bei Völkner in Braunschweig, bei dem allein man mehrere1 000 Anschriften aus der Kundenkartei beschlagnahmte. Einige dieser Kunden erhielten schließlich Besuch von Post und Bullen, die sich die Geräte wieder holten. Das kostet nicht nur Geld, sondern bringt auch viele Punkte in Dr. Herolds Computer. Grundsätzlich sollte man also immer andere Wege der Beschaffung bevorzugen, z.B. ergibt sich manchmal bei Demos oder ähnlichen Anlässen die Gelegenheit, den einen oder anderen Polizisten zu bitten, sein Gerät doch mal für eine Weile zu verleihen. Meist handelt es sich hierbei um hervorragende Geräte. Aber auch Urlaubsreisen ins benachbarte Ausland können ganz interessant sein: häufig gibt es nämlich hier Dinge zu kaufen, die in der BRD nicht oder nur tief unterm Ladentisch zu kriegen sind.

Nicht schlecht ist es auch, einfach die Auslagen von 2. oder drittklassigen Funk- und Fernsehgeschäften anzuschauen — die örtliche Einbrecherzunft kauft ja auch irgendwo ein . . . Wahrscheinlich am besten ist aber immer noch das Durchstöbern von Anzeigen in Funkschau, Elo, Elektro und ähnlichen Blättern. Man kann dann auch schon eher Preisvergleiche anstellen.

2. Umstricken vorhandener Geräte: Das 4m-Band kann man recht gut mit umgebauten UKW-Geräten hören, da es dem UKW-Rundfunkband direkt benachbart ist. In der Fabrik wird jeder Empfänger so abgeglichen, daß er die einzelnen Frequenzen auch ungefähr da empfängt, wo sie auf der Skala hingehören. Diese Einstellung kann aber verändert werden und dazu gibt es mindestens zwei „Schrauben" im Gerät. („ deshalb, weil das natürlich keine richtigen Schrauben sind, keinesfalls versuchen, sie etwas „festzuziehen", manche haben auch gar kein Gewinde, sondern man hat wieder die alte Einstellung, wenn man einmal 'rum ist.)

Erste Version: Das Koffer- und Billigradio fernöstlicher Herkunft (da kann auch Grundig draufstehen oder SABA): Nach Öffnen des Geräts findet man innen einen Teil, das ungefähr so aussieht:



Das ist der Drehkondensator („Drehko") und die 4 kleinen, schraubenähnlichen Gebilde sind die Trimmkondensatoren („Trimmer"). Mit dem Drehko werden die Sender von außen eingestellt, und das Abgleich erfolgt mit den Trimmern, die nur von ihnen zugänglich sind. Von denen sind aber nur 2 für UKW, die beiden anderen sind für Lang-, Mittel- und Kurzwelle, falls vorhanden. (Das heißt alles gemeinsam „AM".) Vor Beginn der Umstellung muß man sich auf jeden Fall aufmalen, wie die Schrauben stehen, damit man später, wenn man an der falschen gedreht hat, zumindest einen Anhaltspunkt hat, wie es richtig sein muß. Anschließend schaltet man UKW ein und sucht die Schraube, die die UKW-Sender verschiebt. Hat man sie gefunden, so verschiebt man die Sender um ca. 1.5 Mhz. In den meisten Gebieten der BRD wird der UKW-Bereich zum Bullenfunk hin begrenzt durch den Europieps, ein Personenrufsystem der Post, das den ganzen Tag über irgendwelche Piepstöne ausstrahlt. An der Lage dieses „Europies" kann man am besten merken, ob man richtig liegt, da ja auf den Bullenkanälen nicht in jeder Minute gesprochen wird. Andererseits sind so bereits mittelmäßig geschulte, ja oft schon normale Streifenbullen in der Lage, festzustellen, ob ein Gerät umgetrimmt wurde oder nicht.

Besonders strafbar macht man sich hiermit allerdings nicht, weil meist der Nachweis, daß das Gerät absichtlich und nicht aus Versehen bei irgendwelchen Reparaturversuchen umgetrimmt wurde, sehr schwer fällt.

Hat man den Bereich richtig verschoben, so muß die zweite Schraube, die zum UKW-Teil I gehört, gefunden und mit ihr der UKW-Empfang wieder auf größtmögliche Empfindlichkeit gebracht werden. Wenn man sie in ihrer ursprünglichen Lage beläßt, kann der Empfang sich erheblich verschlechtern.

Zweite Version: Das etwas bessere UKW-Radio (bis hin zur Stereo-Anlage). Hier ist der UKW-Teil vom AM-Teil völlig getrennt und evtl. sogar in einem separaten Kupfer--oder Alu-Kästchen untergebracht. In diesem Kästchen sind Löcher, die die Einstellschrauben bzw. Spulenkerne freigeben, so daß man sie mit einem kleinen Schraubenzieher verstellen kann. Hier muß durch Ausprobieren die Spule gesucht werden, die genauso wirkt wie der Sender-Drehknopf. Wenn das nicht klappt, muß halt doch jemand rangeholt werden, der Ahnung von der Sache hat. Oder man nimmt ein anderes Radio. Aber auf jeden Fall die Ausgangsstellungen der Trimmer etc. immer aufschreiben, damit man wenigstens das Radio wieder normal funktionsfähig hat.

Beim Ausprobieren müssen alle anderen „Schrauben", die nicht die Lage der Sender verändern, sondern nur ihre Lautstärke, immer wieder in ihre Originallage zurückgebracht werden. Erst ganz zum Schluß wird mit ihrer Hilfe der Empfang auf größtmögliche Empfindlichkeit gebracht.

Theoretisch soll die Empfangsantenne immer parallel zur Sendeantenne stehen, d.h., senkrecht, weil ja auch die Antennen der Bullenwagen und -feststationen senkrecht stehen. Praktisch sollte man die Antennen immer nach Gehör, d.h. auf besten Empfang einstellen. Wenn man als Antenne einfach einen Draht an die Antennenbuchse des Geräts anschließt, so sollte dieser ca. 90 cm lang sein.

Schließlich muß aber nochmal gesagt werden, daß trotz aller denkbaren Arbeitserleichterungen der Zeitaufwand und die Rückwirkung dieser Art von Lauscherei aufs Bewußtsein erheblich sind. Wir hoffen zwar, mit der Veröffentlichung der Broschüre dafür gesorgt zu haben, daß auch kompliziertere Arten von Bullenfunk langsam zum Allgemeingut werden, daß man auch kurzfristigere Aktionen machen kann.

Es darf aber nicht so bleiben, daß für ein erfolgreiches Benutzen und Verstehen des Bullenfunks die Genossen selbst sich in eine Mischung aus Bulle und Elektrotechniker verwandeln müssen. Uns selbst hat es oft erschreckt, wie sachlich — und damit unpolitisch — wir an Demos herangegangen sind, oder wenn wir Leute warnen wollten und dabei mit geheimdienstlichen Methoden vorgehen mußten, damit diese bloß nicht merkten, wer wir sind und von wem wir unser Wissen haben. Und gerade das wollen wir ja eigentlich; daß alle Leute Schnüffler erkennen und enttarnen können, und daß deren technische Hilfsmittel entmythologisiert werden.

Mehrfach tauchte die Versuchung auf, bestimmte Dinge nicht abzudrucken oder gar nix zu drucken: Denn wenn die wissen, was wir wissen, dann werden sie nur auf kompliziertere Techniken ausweichen, auf die wir ihnen nicht folgen können. Sicher — das werden sie, aber auch auf die bloße Vermutung hin, daß wir was wissen könnten. Und die nächsten Generationen von Sprachverschleierungsgeräten gibt es ja schon — die Richtung ist klar, in die's gehen wird. Klar ist aber auch, daß solche Krümel- und Krypto-Maschinen zu knacken sind — mit viel Phantasie und etwas Technik. Die Chancen dafür werden immer besser, je mehr Leute das versuchen. Im übrigen macht Stören ohnehin VIEL mehr Spaß als Hören und wird sich hoffentlich zur Medienkritik der Zukunft entwikkeln; auch Leuten, die sich dafür interessieren, kann diese Broschüre eine Hilfe sein.



14

SONSTIGE FUNKKREISE

Zum Schluß noch etwas Allgemeines über die Bullen, das sich so aus dem Funk ergibt. Das eine betrifft „Routinekontrollen", bei denen die Personalien durchgegeben werden. Als Ergebnis einer solchen Überprüfung spuckt POLAS folgende Antwortmöglichkeiten aus:

– „Nicht registriert", d.h. den Bullen bisher noch nie aufgefallen,
– „Zur Zeit kein Suchvermerk" oder „Person ist bekannt" d.h. er ist den Bullen schon mal aufgefallen, hat schon mal was gemacht. „Was denn? Erzähl mal" ist dann meistens die neugierige Nachfrage. Nix Datenschutz.
– „Person ist gesucht und ist festzunehmen", nicht selten begleitet von einem neidvollen „Glückwunsch", passiert schließlich nicht alle Tage. Dein Freund und Helfer.

Das andere betrifft eine recht wichtige Erfahrung aus dem Funk. Und zwar streunen nachts mehrere MEK-Trupps durch verschiedene Stadtteile, hocken auch mal hinterm Busch oder einem Lastwagen und sind drauf aus, nächtliche „Störer", Einbrecher, Autoklauer und so festzunehmen. Da sie munter ausplaudern, wo sie gerade sind, ist es ratsam, vor einer größeren nächtlichen Aktion auch kurz mal im Bullenfunk auf dem 2m-Band bei 173,78 Mhz (Kanal 280) zu hören, ob diese Herren gerade im Stadtteil sind. Sie scheinen nicht gerade zimperlich zu sein, denn als ihnen einmal bei einer Einbrecherjagd mit angesetzter Fahndung ein Streifenwagenbullen mitteilte, die Sache sei erledigt, sie hätten den Typen angeschossen, meinte einer dieser MEK's großspurig: „Sauber! Bei UNS wär' das aber nicht passiert. . . da gibt's nur eins: Fangschuß." Im Funk nennt sich diese Sorte Freund und Helfer Andy, Charly, Tarzan und Pussy.

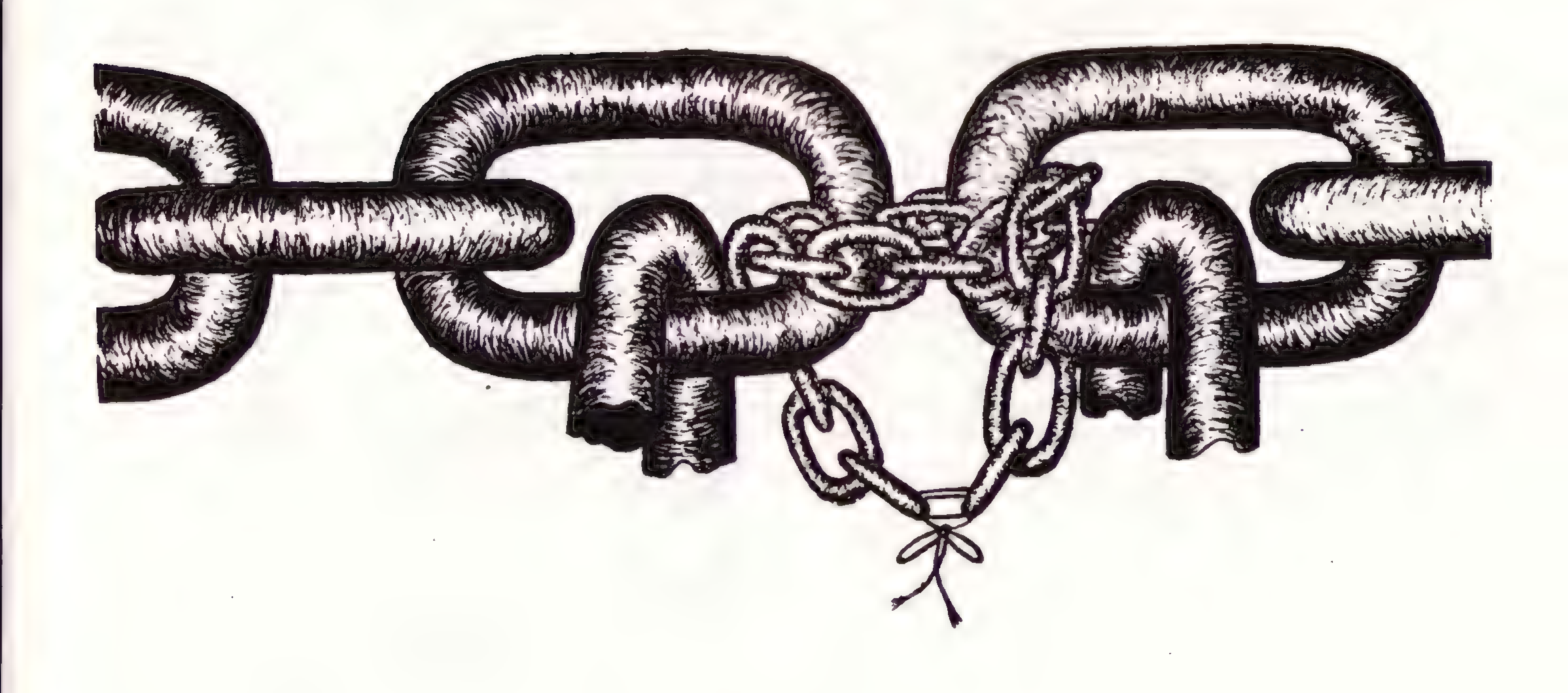
Manchmal benutzen sie auch Taxen als Tarnautos. Bemerkenswert ist auch der Funk, der die Schwerkriminalität bekämpfenden Bullen. Namen wie Gamsche, Lurchi, Vadder zeigen, wie sehr sich die beiden verfeindeten Milieus aneinander angleichen.

Das Rauschgiftdezernat funkt ebenfalls im 2m-Band; öfters Observationen mit Standortangaben.

Ziel unseres kleinen Handbuches soll es sein, daß darüber, was „ die Bullen" alles können und wo sie überall sind, mehr Klarheit besteht. Oft genug führt ein Gefühl ihrer Übermächtigkeit zu Ängsten und Handlungsunfähigkeit oder einer starken Verunsicherung. Wir denken, daß durch die Veröffentlichung dieser Informationen der Bullenapparat, sein Vorgehen, seine Fähigkeiten und seine Typen transparenter, realistischer, ja geradezu greifbarer gemacht werden, so daß wir mit der Tatsache, daß diese Gangster ständig am Wühlen und Schnüffeln sind, besser umgehen können. Mit offenen Augen und Ohren sowie ein bißchen Technik können wir dieses lichtscheue Gesindel identifizieren und selber entscheiden, was wir mit ihnen machen wollen.

Den Bullen auf die Schliche zu kommen, sollte nur ein Hilfsmittel sein und nicht Hauptinhalt einer (politischen) Tätigkeit. Durch die ständige Beschäftigung mit ihnen und ihrer Mentalität, die dabei 'rüberkommt, besteht eine ungute Verselbständigungsgefahr, vor der wir nochmal ausdrücklich warnen wollen!

(Fortsetzung folgt)



SABOTAGE IST SPANNENDER ALS FUSSBALL

Dokument aus dem Knast

Wir leben wie die letzten Idioten

Das System der Kontrolle, der Macht und der Zerstörung unseres Lebens, das in diesem Bau angewandt wird, ist jedem klar.

Sie wollen erreichen, daß wir uns den ihnen diktierten Lebensbedingungen hier — und später draußen — bedingungslos anpassen.

Unser Selbstbewußtsein, unsere Hoffnung und Bedürfnisse wollen sie in unseren Köpfen auslöschen. Sie wollen in uns Resignation, das Gefühl der Schwäche und vollständige Hoffnungslosigkeit produzieren, sie versuchen, die Vorstellung von der Unangreif- und Unzerstörbarkeit ihres Machtapparates aufrechtzuerhalten.

Wenn wir diesen elenden Dreck nicht mehr mitmachen wollen, wenn wir nicht zusehen wollen, wie hier Mitgefangene wie die Fliegen verrecken, müssen wir aufstehen und kämpfen, anstatt abzuwarten bis wir alle zerstört werden.

Das Ausmaß unseres elenden Überlebens wird alleine von den Grenzen unserer Geduld bestimmt!

Wir haben alle erfahren, daß unsere vereinzelten und offenen Widerstandsformen immer wirkungsloser werden. In ihnen drücken sich noch zu viele Illusionen über die Absichten, Ziele und Methoden des Staatsapparates aus. Für ihn sind alle Mittel gegen uns KRIEGSmittel in unserem Kampf um Befreiung. Wir müssen alle Illusionen über die Absichten dieses Apparates tief begraben.

Der Anfang ist die VERWEIGERUNG der Zusammenarbeit mit ihm. Der Befreiungskrieg wird hier geführt — und nicht nur in der dritten Welt und in anderen Ländern. Er ist inzwischen konkret international geworden. Er wird nicht morgen sein, sondern ist jetzt. Er wird vom Staat als Krieg begriffen und deshalb methodisch, wissenschaftlich und mit Anwendung aller Mittel bekämpft.

In unseren Widerstandsformen und -inhalten werden wir uns alleine an unseren Bedürfnissen und unseren Zielen orientieren, nicht aber an den Bedürfnissen, die der Apparat als unsere ausgibt und die tatsächlich den Bedürfnissen seiner Macht entsprechen.

Was ist in diesem Bau möglich?

Erinnern wir uns an die vielen Formen der SABOTAGE. Sabotage ist eines unserer KRIEGSmittel. Wir werden schnell merken, daß sie spannender als Bastelei, Wetten und Fußball ist. Sie beruhigt die Nerven, nicht nur wegen der kleinen und großen Pausen während der Zwangsarbeit, wenn die Maschinen plötzlich nicht mehr laufen, wenn in den Knastbetrieben Feuer ausbricht, wenn zuviel oder nur noch Ausschuß produziert wird, wenn langsam gearbeitet wird, wenn im Zellenbau irgendetwas nicht mehr funktioniert oder ein Bulle plötzlich auf die Schnauze fällt, sondern auch deshalb, weil sie eine verdeckte Methode des Angriffs auf die Kontrolle und Denunziation ist. Eine notwendige Methode des Angriffs auf all das, was uns kaputt macht.

Wir müssen alles sabotieren, was uns kontrolliert und zerstört!

Sabotage ist ein subversives Spiel, es setzt Fantasie frei, läßt sich alleine oder zu mehreren machen. Wenn es zwei oder drei Gefangene zusammen machen, bilden sie eine verdeckte Gruppe, die anfängt zu kämpfen: es entwickelt sich gleichzeitig Vertrauen, Solidarität, das Gefühl der Stärke und Hoffnung, das draußen mit- und weiterentwickelt werden muß.

Kämpfen wir in den Gefängnissen, bevor sie uns zerstören!

fu II, im Sommer 1980

HUNGERSTREIK VON RUDI SEIBERT

Arnberg, 22. Juli 80

Am 12. Juli trat der Gefangene Rudi Seibert in einen Hungerstreik. Wie es dazu kam, beschreibt eine Freundin von Rudi:

Rudi ist bereits seit 7 Jahren durch die verschiedenen Anstalten des bayerischen Vollzugs geschleust worden, davon war er über zwei Jahre mit Ausnahme von einigen Tagen in totaler Isolation. Er wird voraussichtlich erst 1982 entlassen.

Während der zweijährigen Isolation bestand gleichzeitig totales Berührungsverbot bei Besuchen. 1 1/2 Jahre davon bis heute finden Besuche hinter einer halbhohen Trennscheibe statt. Anwaltsbesuch wird nur mit der, von politischen Gefangenen bekannten, völlig voneinander abschließenden Trennscheibe durchgeführt.

Im Dezember 1976 wurde Rudi in das bayerische Zuchthaus Straubing verlegt und kam dort bald in einen kurzfristigen Kontakt mit politischen Gefangenen. Die Anstalt reagierte mit der sofortigen Disziplinierung: keine Lehrgänge, Weiterbildung und vernünftige Arbeit mehr.

Im Laufe eines Jahres bildete sich ein Zusammenschluß von Gefangenen, die sich „Knastkampfgruppe" nannten und deren Arbeit die Aufklärung und Agitation der Mitgefangenen gegen den Machtapparat des Knastes war. Verhältnismäßig viele Mitgefangene standen auf ihrer Seite.

In der Entwicklung und Folge dieser Mobilisierung entstanden Aktionen wie Hunger- und Sitzstreiks, Dachbesteigungen. Es wurden Fotos von der inneren Realität des Knastes gemacht: kleine, verdreckte Zellen ohne Wasser und Klo, Terrorzellen, Homosexuellenabteilung.

Durch einen eingeschleusten Spitzel flog die Gruppe auf.. Es wurde ihr vorgeworfen, den Versuch unternommen zu haben, die Anstaltsleitung abzuhören. In einer Nacht- und Nebelaktion sind die Mitglieder der Kerngruppe (Rädelsführer) in die verschiedenen bayerischen Knäste, Rudi nach Amberg, verlegt worden. Gegen einige sind Ermittlungsverfahren nach § 129, Gründung einer kriminellen Vereinigung, eingeleitet worden.

Obwohl das Ermittlungsverfahren gegen Rudi u.a. mittlerweile eingestellt worden ist, existiert die Trennscheibe und die besonderen Haftbedingungen weiter.

Während der Unterbrechung der Isolationshaft schreibt Rudi: *„. . . man hat mich hier innerhalb der Gefangenen versucht zu isolieren, indem man den Gefangenen, die mit mir zwangsläufig irgendwas zu tun haben, mitgeteilt hat, daß, wenn sie mit mir reden, Schwierigkeiten beim Ausgang und Urlaub zu erwarten sind; außerdem dürfen sie von mir nichts nehmen und auch nichts übergeben; Gespräche mit mir müssen gemeldet werden. . . .(die Lage) hat sich etwas gebessert dadurch, daß ich mittlerweile doch ein paar Gefangene habe, die sich mit mir unterhalten und die bereit sind, deswegen auf Ausgang oder Urlaub zu verzichten. . . Ich versuche hier, ihnen klarzumachen, daß sie das Salz in der Suppe sind und ohne sie eigentlich nichts geht."*

Im Juli brachte Rudi die letzte Prüfung des Fachabiturs hinter sich.

Am 12. Juli trat er im Knast Amberg in einen unbefristeten Hungerstreik, um sich mit seinen Forderungen durchzusetzen, da alle von ihm bisher eingeschlagenen Wege nichts als Hinhaltungen brachten.

Er fordert:

1) Verlegung aus der Hochsicherheitszelle und Normalvollzug
2) Besuch ohne Trennscheibe
3) Arbeit in seinem Beruf
4) Ermöglichung der Fortbildung – Meisterprüfung oder Ingenieurstudium
5) Falls nicht möglich, dann Verlegung in eine Anstalt, in der diese Möglichkeiten vorhanden sind.

Weil fast alle, die Rudi bisher geschrieben oder besucht haben, Schreib- oder Besuchssperre bekommen haben, täte es ihm sicher gut, Solidarität von draußen zu bekommen.

Am 18. Juli wurde Rudi von Amberg nach Nürnberg verlegt.

Kontakt: Rudi Seibert, JVA, 85 Nürnberg.

SPENDENAUFRUF FÜR STEFAN WISNIEWSKI

Köln, 13. Juni 80

Als Verteidigerin von Stefan Wisniewski darf ich folgende Punkte im Spendenaufruf (ID 333) richtig stellen:

1. Im Zeitraum von Juli 1979 bis März 1980 war Stefan Wisniewski als Ergebnis des letzten gemeinsamen Hungerstreiks der Gefangenen, teilweise mit anderen Gefangenen in der JVA zusammen, wenn auch so unregelmäßig und verbunden mit vielfachen Sondermaßnahmen, so daß man von keiner ernsthaften Verbesserung gegenüber der vorangegangenen Isolation sprechen kann.
2. Die Trennscheibe wurde nach einem Jahr bei Besuchen der Mutter von Stefan Wisniewski aufgehoben. Alle anderen Besuche, auch von weiteren Familienangehörigen, wurden mit Trennscheibe durchgeführt.
3. Seit dem Ausbruchsversuch von Stefan Wisniewski im März 1980 befindet er sich wieder in Totalisolation. Die JVA Frankenthal hat beim Oberlandesgericht Düsseldorf inzwischen beantragt, auch bei Besuchen der Mutter die Trennscheibe wieder einzuführen.
4. Herr Wisniewski wird von zwei Wahlpflichtverteidigern und einer Wahlpflichtverteidigerin verteidigt. Auf Grund des finanziellen Drucks hatten die beiden ursprünglichen Wahlverteidiger den Antrag auf Beiordnung als Pflichtverteidiger gestellt. Trotzdem sind damit immer noch nicht alle finanziellen Lasten für die Vertedigung ausgeglichen.
5. Das Oberlandesgericht weigert sich, einen Aktensatz für Stefan Wisniewski zu kopieren. Dies ist aber notwendig, da der Aktenumfang inzwischen über 70 Aktenordner umfaßt und es unmöglich ist, diese unter den Bedingungen der Trennscheibe mit dem Mandanten zu besprechen. Stefan Wisniewski muß deshalb für die Kosten selbst aufkommen.

Allein der Selbstkostenpreis der Kopien beträgt mindestens 3.000,- DM. Dieses Geld kann Herr Wisniewski nicht selbst aufbringen.

Spendenkonto: Karl-Heinz Wisniewski, PSchA Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 97 939-504.

RA Edith Lunnebach-Gnielka

KNASTSTREIK IN SCHWEDEN - 500 GEFANGENE IM AUSSTAND

Stockholm/Düsseldorf, 17. 7. 1980

Den Anlaß zu dieser landesweiten Aktion (von der wir in Germanien allenfalls träumen können ....) lieferte die schwedische Regierung mit einem Vorschlag des Justizministers Hakan Winberg ans Parlament, der Justizvollzugsverwaltung in Zukunft per Gesetz zu gestatten, die Gefangenen uneingeschränkt zur Abgabe von Urinproben zwingen zu können. Als Grund für diesen Gesetzesvorschlag, mit dem den Knackis auch noc das letzte Fizzelchen an Intimsphäre und Menschenwürde geklaut werden soll, führt die Regierung das steigende Rauschgiftproblem an. Eine vor zwei Jahren durchgeführte Untersuchung hätte gezeigt, daß von 900 Insassen der geschlossenen Anstatalten nur ein Viertel völlig drogenfrei seien (Zahlen die sich von hiesigen Verhältnissen kaum unterscheiden dürften).

Am 14. Juli kam es daraufhin in verschieden Knästen zu Arbeitsniederlegungen. Nur vier Tage später befanden sich bereits mehr als 500 (fünfhundert !) Gefangene im Ausstand.Etliche davon sind in den Hungerstreik getreten. Im einzigen schwedischen Frauenknast; Hinseberg in Frövi warfen SÄMTLICHE Insassinen den Löffel (bis auf ganze drei, die aus medizinischen Gründen nicht mitmachen konnten). Tag für Tag wollen die Frauen neu entscheiden, wie lange der Hungerstreik dauern soll.

Die Forderungen sind klar: weg mit dem Regierungsvorschlag, der die endgültige und umfassende Erniedrigung der Gefangenen zum Prinzip des Justizvollzuges machen soll.

Angefangen hatte der Streik in einer Abteilung des Knastes von Österaker (eine der harten Anstalten des Landes), die sich 'der Paragraf' nennt. Hier versuchen Gefangene seit geraumer Zeit mit den Mitteln der Selbstorganisation und ohne, daß die Verwaltung den Rüssel da zu sehr reinhängt, *aus eigener Initiative* vom Gift wegzukommen. Die Gefangenen dieser Abteilung haben erkannt, daß ihnen niemand helfen kann - es sei denn, sie helfen sich selbst. Sie sind sich darüber klar, daß staatliche Therapieprogramme meist nicht viel mehr wert sind, als das Papier, auf dem sie geschrieben sind. Und sie wissen auch aus eigener Erfahrung, daß ein hartgesottener Junkie selbst auf dem Mars noch an Stoff rankommen würde, weshalb jede Form von Zwangsentzug zum scheitern verurteilt ist. Der Regierungsvorschlag wird von ihnen als Schlag in die Fresse aufgefasst, der den einzig erfolgversprechenden Versuch, von der Droge runterzukommen - nämlich die freiwillige Selbsthilfe - zunichte machen würde.

Ein paar Meter weiter im gleichen Knast existiert das Gegenstück zum selbstorganisierten 'Paragrafen': eine von der Verwaltung eingerichtete Therapieabteilung mit dem Namen „das Projekt". Hier balgen sich die Vollzugsschleicher unter den Junkies um die K nochen der Machthaber: sie liefern die verlangte (und in Zukunft von *allen* Gefangenen abzuverlangende - wenn der Regierungsvorschlag durchgesetzt wird) Urinprobe täglich und freiwillig ab (siehe Foto), lassen sich von halbgaren Psychiatern gehirnwaschen und finden alles wie es ist in Ordnung. Inklusive Einschluß, Gitter, Mauern, Gewöhnung an Fabrikmaloche ('Arbeitstraining') etc. Kein Wunder also, daß die freiwilligen Entzugsabteilung der Knastleitung, ob ihrer Selbstorganisation und der damit verbundenen politischen Aktivitäten, ein schwerer Dorn im Auge ist. Denn die etwaigen Erfolge der 'Freiwilligen' möchte sich die Justizverwaltung natürlich selber an den Frack hängen. Und nur darum,um der Öffentlichkeit vorzeigbare Erfolge in Form von Angepassten, ins System reinintegrierten Wesen, geht es. Deshalb werden, z.B. im Frauenknast Hinseberg, wo eine ähnliche abteilung wie das'Projekt' unterhalten wird, schwer abhängige Frauen als 'hoffnungslose Fälle' erst gar nicht mehr angenommen. Auch wenn sie gerne möchten,und alles tun würden um von der Droge wegzukommen. Aber die zu erwartenden hohen Rückfallquoten könnten ja dann alle die schönen (und geschönten) Statistiken versauen. Viel Frauen in Hinseberg haben erkannt, daß damit (z.B. durch das damit verbundene Verteilen von Privilegien - Urlaub, Freizeit etc.) die Gefangenen sortiert und gespalten werden, weswegen sie das dortige 'Projekt' wieder verlassen und sich in den normalen Vollzug verlegen lassen. Wie bewußt sie sich darüber sind, zeigt nicht zuletzt die nahezu hundertprozentige Teilnahme am laufenden Streik.

Inzwischen wurde das 'Projekt' vom übrigen Knast in Österaker abgeschirmt. Selbst der Freizeithof wurde mit einer hölzernen Sichtblende abgeteilt: die Vollzugsschleicher haben Schiss vor den Streikenden. Auch wurde jeder Kontakt von Stereikenden mit den Massenmedien untersagt.

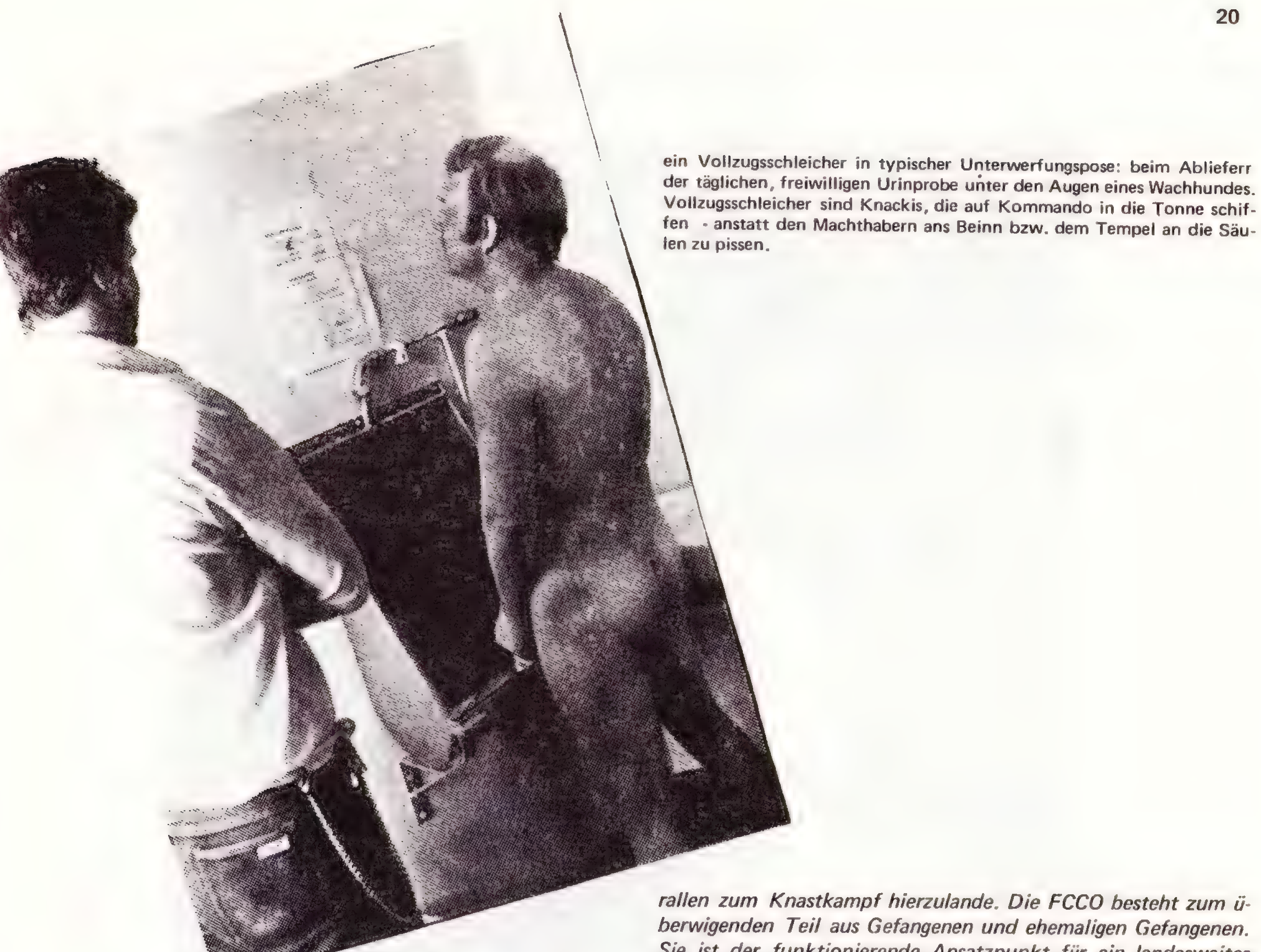
Die mit der Drogenproblematik verbundenen Massnahmen der schwedischen Justizverwaltung, die wie alle Justizorgane der Welt ausser völlig sinnlosen und bescheuerten Massnahmen nix drauf hat, um das Problem in den Griff zu kriegen, haben schon öfter zu grösseren Auseinandersetzungen in den schwedischen Knästen geführt. Als es sich 1977/78 verschiedentlich Besucher und Besucherinnen gefallen lassen mußten, sich vor anderen Besuchern nackt auszuziehen und in die Körperöffnungen gaffen zu lassen, kam es ebenfalls zu Arbeitsniederlegungen an den sich zeitweise bis zu 1 500 (eintausendfünfhundert !) Gefangene landesweit beteiligten, sodaß die Machthaber alle Mühe hatten, da wieder abzuwiegeln.

Beim Auslöser für den augenblicklichen Streik - der Versuch die uneingeschränkte Urinkontrolle per Gesetz für alle Gefangenen einzuführen - kommt zur damit verbundenen Erniedrigung und völligen Entwürdigung der Gefangenen noch ein weiterer Faktor, über den sich mehr und mehr Knackis bewußt zu werden scheinen: nicht nur all die harmlosen Törner und Törnerinnen, denen der gelegentliche Joint eine höchst willkommene Abwechslung ist, und die gleichwohl immer nichts mit 'Sucht' bzw. mit harten Drogen überhaupt am Hut haben,wären durch die täglichen Urinkontrollen mit angeschissen, sondern ALLE Gefangenen - wie abstinent sie auch immer sein mögen - würden sich dadurch einer noch umfassenderen Persönlichkeitskontrolle durch die Machthaber ausliefern, würden u. U. zu Versuchskaninchen für allerlei dreckige Experimente werden: so lassen sich aus Urinproben z.B. hormonelle Veränderungen herauslesen ....

Der Hauptauslöser für die massive Gegenwehr ist gleichwohl die völlig sinnlose Entwürdigung, die eine solche Zwangsmassnahme mit sich bringen würde; darüber sind sich die Gefangenen einig. Denn mehr als ein paar Zahlen für die Statistik würde dabei sowieso nicht herauskommen: wer wirklich abhängig ist, der kommt immer an das Zeug und hört wegen der Urinproben auch nicht auf.

KLEINE FETTE NACHBEMERKUNG

Die angesichts solcher Traumzahlen von über 500 bzw. 1500 Steikenden sicherlich nicht übeflüssig ist.
Warum gibt es 'da ohm' in dieser Rentierrepublik (doppelt so groß wie die BRD, ca. 8,5 Millionen Einwohner) solche starken Kampfmaßnahmen - und bei uns nicht? Liegt das etwa am schwedischen Vollzug, der hier und dort kursierenden Gerüchten und den Scheißhausparolen der Boulevardpresse zufolge das reinste Paradies sein soll (mit 'Liebeszellen', Urlaub bis zum Wecken und Perlenvorhängen statt Gittern).Mitnichten, mitnichten
Fakt ist, daß das schwedische Knastsystem dem deutschen



ein Vollzugsschleicher in typischer Unterwerfungspose: beim Abliefern der täglichen, freiwilligen Urinprobe unter den Augen eines Wachhundes. Vollzugsschleicher sind Knackis, die auf Kommando in die Tonne schiffen - anstatt den Machthabern ans Beinn bzw. dem Tempel an die Säulen zu pissen.

um nichts nachsteht. Jedenfalls in nichts, was die Unmenschlichkeit der Menschenverwahrung betrifft. Hochsicherheitstrakte gibt es dort schon länger als hierzulande. Berüchtigte Knäste, wie z.B. Köln - Ossendorf basieren auf schwedischen Vorbildern. Eine schwedische Firma, die Svenska Cement, lieferte die Zellenfertigbauteile für Ossendorf - nachdem sie sich damit in Schweden bereits einen traurigen Namen gemacht hatte.

Es gibt in Schweden so gut wir keine Gefangenen aus irgendeiner Guerilla, dafür aber seit langem Trakte (die dort Bunker genannt werden). Da sitzen Großdealer - sog. 'Vollzugsstörer'- und Bankräuber...... Mit anderen Worten die Sorte von Gefangenen, für die diese Trakte langfristig hier bei uns gedacht sind. Die explizit Politrebellen sind nur ein Teil dieser Sonderbehandlungsklienten. Darüber sollen mal jene grübeln, die immer schnell mit so Sprüchen bei der Hand sind: „ die allgemeine Verschärfung des Justizvollzugs .... daran sind doch allein die Terroristen schuld .....". Nachdenken über Knast überall im allgemeinen und Knast hier im Besonderen sollten allerdings ALLE; z.B. auch die, die sich in adretten WG in 'progressiven' IKEA-MÖbeln flezend und oczitanischen Wein schlürfend die Köpfe über die Ungerechtigkeit dieser Welt heißredren. IKEA-Möbel werden u.a. von schwedischen Gefangenen produziert. Für Trinkgelder, wie sie auch bei uns hier in den Knästen üblich sind.

Unterstützt und teilweise auch koordiniert wird der landesweite Streik der schwedischen Gefangenen von der „Zentralorganisation der vereigten Gefangenen", FFCO. Die FFCO ist die Konsequenz von etlichen Jahren des Gefangenenkampfes in den schwedischen Knästen, mit allen Höhen und Tiefen, Erfolgen und Rückschlägen und damit teilweise erstaunlichen Parallen zum Knastkampf hierzulande. Die FCCO besteht zum überwigenden Teil aus Gefangenen und ehemaligen Gefangenen. Sie ist der funktionierende Ansatzpunkt für ein landesweites Gefangenensyndikat, das allein in der Zukunft in der Lage sein wird, sich zu einer militanten, effektiven und basisdemokratischen Gefangenenbewegung zu entwickeln. Eine Entwicklung, die in der BRD ihre Basis auf der Grundlage der „Magna Charta" finden könnte.

FCCO hat folgende Kontaktadresse; auf englisch kann mensch da allemal hinschreibenm notfalls sicher auch auf deutsch:
FFCO's stödtgrupp / Box 9214 / S- 102 73 Stockholm
Die 'Magna Charta' gips u.a. beim:
Kollektiv Rote Hilfe München / Nietzschestr. 7 b / 8000 München 40
und natürlich bei den anderen RH's (so es sie noch gibt), Knastgruppen, Buchläden etc. kostet 2,50 DM.

Mehr über das schwedische Knastsystem gibts in einer Doku, die mensch beim **Pflasterstrand / Hamburger Allee 45 / 6000 Frankfurt 90** *bestellen kann (gegen Unkostenbeitrag von DM 2,50) Sie ist ein Teil des Buches über Knast in Schweden, der BRD, den USA und Spanien (De nya Fängelser - Die neuen Gefängnisse), von dem ich den Teil über schwedische Knäste übersetzt habe. Da werden u.a. die weiter oben angeschnittenen Fragen näher beleuchtet. Da kann mensch erfahren, wie weit die Internationalisierung des Knastsystems bereits fortgeschritten ist, und daß es in Schweden bereits seit längerem Bunkerknäste gibt, gegen die die Trakte hierzulande (mal ganz zynisch) die reinsten botanischen Gärten sind. Obwohl sie eben keinesfalls nur für die 'Exoten' unter den Knackis angelegt bzw. projektiert sind.*

Punkräuber Knofo

(Quellen: „Dagens Nyheter" - grösste liberale Tageszeitung Schwedens vom 29. 6. / 15. 7. / 16. 7. / 17. 7. sowie andere Kontakte/ Materialien)

WENN MAN SCHWEIN HAT...
Chemie in Lebensmitteln



Fast jeder von uns ißt Fleisch. Weiß aber jeder, was er außerdem mit dem Fleisch zu sich nimmt? Den folgenden Artikel entnahmen wir der Zeitschrift Dr. med Mabuse, Frankfurt, Nr. 17, Juli 1980:

Bei einer ganzen Reihe von Krankheiten, die heute in den Industrieländern eine wichtige Rolle spielen, werden ernährungsbedingte Entstehungsfaktoren diskutiert: bei Hiatushernie, Morbus Crohn, Colitis ulcerosa, Appendicitis, irritablem Kolon, Obstipation, Kolonkarzinom, Hämorrhoiden, Gallensteinen, Diabetes mellitus, Adipositas, Hyperlipoproteinämie mit Folgeerkrankungen, weiterhin bei Carikosis und Bluthochdruck. (Trowell, H., Food and dietary fiber, Marabou Symposium, Nutr. Rev. 35 (1977), 6).

Diese Liste der aufgezählten Krankheiten ist sicher noch nicht vollständig, da sie unter dem Gesichtspunkt zusammengestellt wurde, Krankheiten zu erfassen, bei denen der Mangel an sogenannten Ballaststoffen ätiologisch eine Rolle spielt. Außer den enzymatisch nicht abbaubaren Ballaststoffen ist sicher auch das Mengenverhältnis von Kohlehydraten, Fetten und Proteinen in der Nahrung von Bedeutung.

Diese wichtigen Zusammenhänge von Ernährung und Entstehung von Krankheiten finden im Medizinstudium allenfalls am Rande Erwähnung. Zumeist wird dabei an den einzelnen appelliert, sich „vernünftig" zu ernähren. Auf diese Weise wird das Individuum für seine Erkrankung verantwortlich gemacht, bzw. kann diese vielleicht noch als „Schicksalsschlag" interpretiert werden.

Wie der nachfolgende Artikel aufzeigt, sind viele Nahrungsmittel heute „chemisch verunreinigt": durch Rückstände von Pestiziden und Herbiziden, durch Arzneimittel, durch Immissionen von Industrie und Verkehr zum Beispiel. Damit tritt neben die Fehlzusammensetzung der Nahrung als zweite gesundheitliche Gefährdung auch eine schleichende Vergiftung durch Lebensmittel als Folge der Industrialisierung der Landwirtschaft.

Sich dieser „schleichenden Vergiftung" zu entziehen, ist für den einzelnen so gut wie unmöglich. Nur wenige können ihre Lebensmittel in sogenannten Bio-Läden erwerben. Die Mehrzahl ist darauf angewiesen, sich mehr oder weniger mit Großküchenkost in den Betrieben zu ernähren und aus Kosten- und Zeitgründen ihre Lebensmittel im Supermarkt einzukaufen. Es bleibt nur ein verschwindend kleiner Spielraum, innerhalb von dem man auf Auswahl, Zusammenstellung und Zubereitung der Speisen Einfluß nehmen kann.

Um in der Medizin prophylaktisch zu arbeiten, ist Wissen um die Zusammenhänge erforderlich. Der Artikel der Katalyse-Umwelt-Gruppe leistet einen Beitrag dazu.

Der Fleischverbrauch hat sich in der BRD seit der Jahrhundertwende ungefähr verdoppelt. Diese Verdoppelung gelang, so brüstet sich das Institut für Tierzucht und Tierverhalten der Bundesanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig, „durch züchterische Bearbeitung der landwirtschaftlichen Nutztiere." Was in der Beamtensprache vornehm „züchteri-

sche Bearbeitung" heißt, ist in Wirklichkeit Tierquälerei durch Massentierhaltung und Chemikalieneinsatz.

In der Massentierhaltung werden Hühner, Rinder und Schweine auf engstem Raum „hergestellt." Dadurch sind die Tiere an Bewegung kaum noch gewöhnt. Aufgrund dieser unnatürlichen Auszuchtsbedingungen und der körperlichen Strapazen krepieren zum Beispiel während des Transports zum Schlachthof trotz Beruhigungsmitteln rund 500 000 Schweine jährlich an Herzversagen.

„Züchterische Bearbeitung" ist auch der Name für den Einsatz der verschiedensten Chemikalien. Allein in der 60er Jahren wurden über 3000 Präparate beim Bundesgesundheitsamt angemeldet. Der Einsatz erfolgt allerdings in den wenigsten Fällen als therapeutisches Mittel zur Heilung von Tierkrankheiten, vielmehr werden die Mittel in überwiegendem Maße gesunden Tieren als Dauerzusatz über das Futter gegeben.

Eine Folge der Chemikalien ist beispielsweise die immer häufiger auftretende Veränderung des Skeletts bei Mastrindern, Masthähnchen und Schweinen. Diese Schäden entstehen vor allem dadurch, daß die Knochen des jugendlichen Skeletts dem Druck des zu schnell wachsenden und damit relativ zu schwer werdenden Tierkörpers nicht mehr standhalten. Folge davon ist eine verstärkte Bewegungsunfähigkeit. Inzwischen haben alle Schweine der „Deutschen Landrasse" solche Skeletterkrankungen. Wenn das so weitergeht, kann sich die Fleischindustrie demnächst die Käfige und Ställe sparen.

Skelettveränderung ist nur ein Beispiel. Das gesamte Ausmaß der „züchterischen Bearbeitung" wird am besten durch folgende Zahlen deutlich (Angaben pro Jahr):

– Über 5 Mio verendete Ferkel bei ca. 34 Mio. Schlachtschweinen
– über 2 Mio Schweine krepieren während der Mast (Verdreifachung von 1962 - 72)
– ca. 500 000 Schweine verrecken während des Transports (Versechsfachung von 1962 - 70).

(Umschau 77 (18), S. 615.)

FLEISCH: EIN HAUPTNAHRUNGSMITTEL

Die Zahlen sind jedoch nicht nur für den vegetarischen Tierfreund interessant. Fleisch und Fleischprodukte nehmen in den Ernährungsgewohnheiten vieler Menschen einen bedeutenden Platz ein.

Von den Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel entfällt in der BRD für den Einkauf von Fleisch und Fleischerzeugnissen der größte Anteil, nämlich rund 25%. Fleisch gehört zu den teuren Nahrungsmitteln und ist dadurch oft auch Prestigeobjekt. Den Industrievölkern und den Eskimos dient es als Haupteiweißlieferant. Fleisch enthält ca. 20% Eiweiß, einen sehr unterschiedlichen Fettgehalt von 1,5 – 40%, ca. 1% Mineralstoffe, Wasser, wenig Kohlenhydrate und Vitamine. Soweit die Normalwerte aus dem Kochbuch.

DAS SCHNITZEL SCHRUMPFT

Was diese Zahlen jedoch nicht aussagen, erlebt der Verbraucher heute am Herd: Vielen ist sicher schon mal aufgefallen, daß das Schnitzel in der Pfanne um ein Drittel seiner ursprünglichen Größe zusammenbrutzelt. Schuld daran ist ein durch erzwungenen Bewegungsmangel und Chemikalien verursachter erhöhter Wasseranteil. Fachleute sprechen bei diesem minderwertigen Fleisch von PSE-Fleisch (pale, soft, exsudative = bleich, weich, wasserreich).

Bie jüngsten Untersuchungen der Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach wurde bei fast 50% aller Tiere PSE-Fleisch festgestellt. Bei dem heute in der BRD am meisten verbreiteten Schwein der deutschen Landrasse nimmt die Häufigkeit von PSE-Fleisch immer mehr zu.

SCHWEINE IM STRESS

Der Stress verursacht im Körper eine vermehrte Adrenalin-Ausschüttung (ein Hormon, das im Mark der Nebennierenrinde entsteht und an das Blut abgegeben wird; Adrenalin bewirkt Verengung der Blutgefäße, Beschleunigung des Herzschlags u.a.). Untersuchungen haben gezeigt, daß ein überhöhter Adrenalinspiegel die Fleischqualität durch vermehrten Wasseranteil entscheidend verschlechtert.

Doch das interessiert die Fleischindustrie nicht. Hauptsache: immer mehr Fleisch läßt sich immer billiger herstellen. Dieser von der Fleischindustrie als einzige Möglichkeit gepriesene Weg der sogenannten züchterisch induzierten Leistungssteigerung muß sich als Sackgasse erweisen, denn bereits heute betragen allein die wirtschaftlichen Verluste ca. 1/2 Milliarde DM pro Jahr. Weichen die dafür Verantwortlichen nicht bald von ihrem Konzept ab, so wird die erzielte Kostensenkung durch Überzüchtung schon in naher Zukunft von den immensen Verlusten bei der Tierhaltung überholt. Erst dann wäre das Tiersterben nicht mehr rentabel.

Bis dahin aber sind wir die armen Schweine, die mit den Koteletts auch die Chemikalien fressen müssen.

CHEMIKALIEN IM FUTTER

Bis das Fleisch auf unserem Teller liegt, sind der Anwendung der Chemie kaum Grenzen gesetzt. Auf der einen Seite sind es die Chemikalien in der Tierhaltung, die den Tieren, sei es durch das Futter, sei es durch Injektionen gegeben werden. Auf der anderen Seite gelangt eine Menge Gift in das Fleisch der Tiere, denen auch wir täglich durch eine immer mehr zunehmende Verseuchung der Umwelt ausgesetzt sind. Schließlich geht häufig von der Konservierung des Fleisches – und dort hauptsächlich vom Pökeln – ein zusätzliches Gesundheitsrisiko aus.

MEHR FLEISCH MIT WENIGER FUTTER

Das Profitstreben der Fleischindustrie läßt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Noch mehr Fleisch mit noch weniger Futter. Brauchte man vor 20 Jahren noch pro kg Gewichtserhöhung beim Schwein 3,6 kg Futter, so sind es heute nur noch rund 2,6 kg. 3,6 kg minus 2,6 kg = 1 kg Ersparnis. Also muß das Futter besser geworden sein: Die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft spricht „von einem bahnbrchenden Fortschritt in der Nutztierernährung". Dieser „Fortschritt" wirft uns bestimmt bald aus den Gleisen, denn erreicht werden diese tollen Zahlen nur durch eine ganze Palette von Chemikalien und durch bewegungsarme Massentierhaltung, also geplante Tierquälerei im großen Stil.

WIR WERDEN ZWANGSERNÄHRT. . .

90% des Futters von Geflügel und Schweinen ist mit Antibiotika versetzt, 80% des Futters von Kälbern. Die Verwendung von Antibiotika (meistens Chloramphenicol) bei Tieren ist für den Menschen aus zwei Gründen sehr gefährlich.

. . . MIT ANTIBIOTIKA

Durch die ständige „Zwangseinnahme" von Chloramphenicol über das Fleisch können sich Salmonellenstämme bilden, die gegen dieses Mittel unempfindlich sind. Salmonellenstämme können Krankheiten wie Typhus, Parathyphus,

Magen- und Darmentzündungen und Lebensmittelvergiftungen verursachen. Im Raum Frankfurt waren 1967/68 bereits ein Drittel aller Salmonellenstämme resistent gegen Chloramphenicol, obwohl dies das beste Arzneimittel gegen Salmonellen beim Menschen ist. So ist zu beobachten, daß der Kampf gegen bakterielle Lebensmittelvergiftungen in den letzten Jahren vergeblich war. Hinzu kommt, daß bei längerer Einnahme von Chloramphenicol bedenkliche Chromosomenschädigungen und negative Veränderungen des Blutbildes auftreten können. Oft kommt es zu erheblichen Rückständen im Fleisch der Tiere, weil „Mischfutter" ohne Mitwirkung eines Tierarztes insbesondere kurz vor der Schlachtung oder bei Hennen (Eier!) und Kühen (Milch!) angewandt wird.

SCHWUNGHAFTER SCHWARZHANDEL

Lediglich ein Zehntel der heute verwendeten Dosis an Antibiotika ist notwendig (Moll, H., Taschenbuch für Umweltschutz). Die stark überhöhte und unkontrollierte Anwendung von Arzneimitteln ist hauptsächlich auf den Arzneimittelschwarzmarkt zurückzuführen, durch den die Tiere jährlich Arzneimittel im Wert von ca. 50 Mio DM zusätzlich verabreicht bekommen (Umschau 1971/12, S. 423). Schuld daran sind eine Reihe von Futtermittelkonzernen, die die Bauern beim Kauf ihrer Produkte durch Gratiszugabe von hochwirksamen Arzneimitteln bestechen. All dies bewirkt, daß oft erhebliche Mengen Antibiotika in dem zum Verkauf gelangten Fleisch enthalten sind, vor allem in Leber und Niere, aber auch in geringerem Maße in der Milch. Neben den Antibiotika werden dem Futter — trotz Verbots — in größerem Umfang sogenannte Masthilfsmittel zugesetzt, die beim Tier eine Verlangsamung des Stoffwechsels und eine allgemeine Trägheit zur Folge haben.

SCHEINBARE GEWICHTSZUNAHME

Diese mit Chemikalien bewußt herbeigeführten krankhaften Veränderungen sind nur mit einer scheinbaren Gewichtszunahme verbunden, da vor allem die Eingeweide an Gewicht zunehmen und das Fleisch einen höheren Wassergehalt sowie einen geringeren Eiweißgehalt aufweist. Bei dieser skrupellosen Gewichtssteigerung der Tiere unter Futtereinsparung macht man auch vor dem Einsatz von Östrogenen (weiblichen Sexualhormonen) nicht halt. Sie werden den Tieren oft durch das Futter, durch Injektionen oder Einpflanzung verabreicht. Das am meisten angewandte Östrogen steht im Verdacht, in größeren Mengen Krebs zu erzeugen. Hauptsächlich für den Transport, aber auch als Masthilfsmittel erhalten die Tiere Beruhigungsmittel. Durch die Massentierhaltung auf engstem Raum sind die Tiere an Bewegung kaum noch gewöhnt. Aufgrund der unnatürlichen Aufzuchtsbedingungen und der körperlichen Strapazen des oft weiten Transports sterben trotz Beruhigungsmitteln rund 500 000 Schweine jährlich an Herzversagen. Obwohl das Fleisch erst 24 bis 36 Stunden nach der Injektion von Beruhigungsmitteln frei von Rückständen ist, liegen zwischen Verabreichung und Tötung der Tiere durchschnittlich vier Stunden! Auf diese Weise werden wir zwangsweise regelmäßig mit Beruhigungsmitteln behandelt.

Alle Mittel reichern sich vor allem in den Ausscheidungsorganen der Tiere (Leber, Niere) an. Bei über 1,5% aller untersuchten geschlachteten Tiere und bei 10% aller Organe wurden so hohe Chemikalienkonzentrationen gefunden, daß die Freigabe zum Verkauf gesundheitsgefährdend gewesen wäre, aber nur !% aller geschlachteten Tiere wird überhaupt nach Rückständen untersucht!

Man kann sich leicht vorstellen, wieviel mit erheblichen Rückständen verseuchtes Fleisch auf unseren Tischen landet!

Einen bedeutenden Anteil unter den Schadstoffen bilden die Pestizide. Diese Stoffe (Chemikalien zur Vernichtung von Schädlingen) findet man heute nahezu in allen Lebensmitteln. Dabei schneiden Fleischwaren wesentlich schlechter ab als pflanzliche Lebensmittel. Bei den Pestiziden handelt es sich um mehrere Dutzend verschiedener Substanzen, wovon ein Teil seit einiger Zeit in der BRD verboten ist (Ausnahmen sind möglich). Sie werden im Erdboden noch für Jahrzehnte vorhanden sein und über die Nahrungskette Pflanze-Tier-Mensch von uns in erhöhter Konzentration mit der Nahrung aufgenommen. Im Tierversuch führten diese Chemikalien zu Müdigkeit, Gewichtsverlust, Impotenz und Krebs.

MÜDIGKEIT, IMPOTENZ, KREBS

Der Abbau der Pestizide im menschlichen Organismus sowie die gegenseitige Wirkung verschiedener Substanzen ist oft nicht geklärt. Bei Proben aus den Jahren 1968 - 71 enthielten 71,7% aller untersuchten tierischen Lebensmittel Giftrückstände. Man kann annehmen, daß sich diese Situation heute nur unwesentlich verändert hat. Pestizide finden sich vor allem im Fettgewebe sowie in der Milch und deren Produkten. Im menschlichen Körper werden diese Gifte über Jahrzehnte gespeichert. Auch kleine, mit der Nahrung aufgenommene Mengen werden im Fett des Menschen zu bedenklichen Mngen angehäuft. Bei besonderen Anlässen (Infektionskrankheiten, Stoffwechselstörungen, Hunger und Abmagerungskuren) können sie dann in gefährlicher Dosis ans Blut abgegeben werden.

GIFTIGE SCHWERMETALLE: BLEI...

Aus der Umwelt werden außer Pestiziden hauptsächlich Schwermetalle von den Tieren aufgenommen. Sie gelangen übers Futter und die Atemluft in das tierische Gewebe. Zu den von ihrer Giftigkeit her außerordentlich gefährlichen Metallen gehören wegen ihrer starken Anreicherung im Körper die Schwermetalle Blei (Pb), Cadmium (Cd) und Quecksilber (Hg). Obwohl diese Schwermetalle in unserer Nahrung in bedenklich hoher Konzentration vorkommen, gibt es bis heute keine zulässigen Höchstmengen! Von der WHO wurde ein Richtwert von 0,3 mg Pb/Woche angegeben, d.h. die Aufnahme dieser Menge soll noch zu keiner Schädigung führen.

Grundsätzlich unterscheidet man lebensnotwendige (essentielle) und nicht lebensnotwendige Metalle. Zu den essentiellen Metallen zählen: Eisen (Fe), Zink (Zn), Kupfer (Cu), Magnesium (Mg) und Kobalt (Co) . Der Bedarf des Körpers an äußerst geringen Mengen dieser Metalle wird durch eine ausgewogene Ernährung gedeckt.

Blei, Cadmium und Quecksilber gehören dagegen zu den nicht lebensnotwendigen, aber stattdessen äußerst giftigen Metallen. Ältere Tiere weisen aufgrund der Anreicherung im Laufe der Zeit noch größere Mengen auf als jüngere. Allein durch die Nahrung nehmen wir bereits wesentlich mehr Blei zu uns (ca. 3,9 ppm), als uns die WHO gerade noch zumutet (3 ppm, nach: Borneff, J., Hygiene). Hinzu kommen die eingeatmeten Bleimengen aus den Auspüffen der Autos. Seit mehr als zehn Jahren weiß man, daß ein Streifen von mehr als hundert Metern neben Autobahnen und Fernstraßen stark mit Blei verseucht ist. Jede landwirtschaftliche Nutzung müßte dort verboten werden. Selbst bei ständiger Aufnahme von Bleimengen, die noch weit unter der jetzigen Toleranzgrenze der WHO liegen, ist mit schweren körperlichen und seelischen Störungen zu rechnen (Knochendeformationen, Veränderungen im Blut und Knochenmark, verminderte Intelligenz, Nervosität, Müdigkeit, Kopfschmerzen, Impotenz). In der Tierleber befinden sich Bleimengen, die die immer noch zu hohe Toleranzgrenze wesentlich übersteigen.

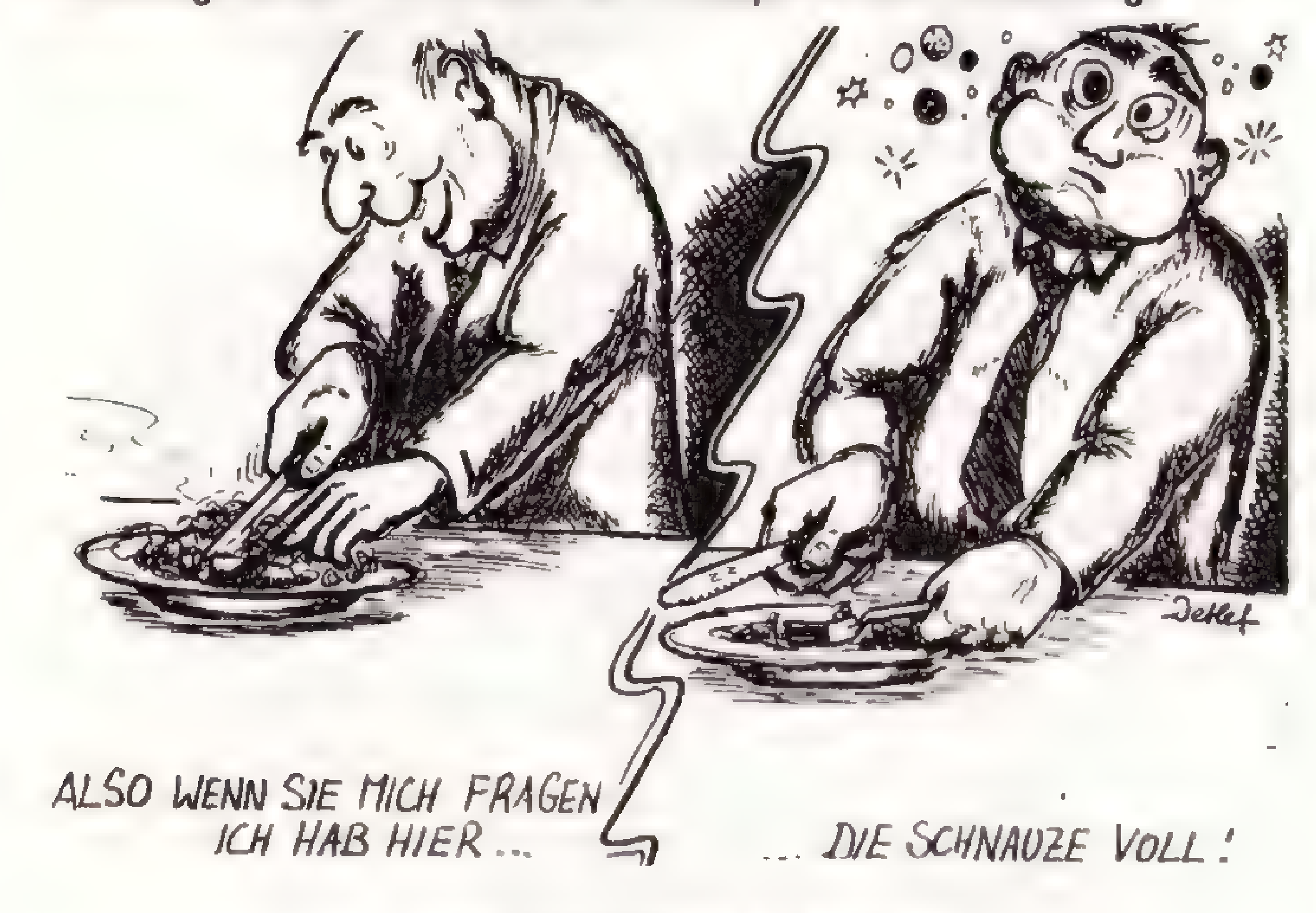
. . . CADMIUM

Auch bei Cadmium liegt die tägliche Vergiftung mit der Nahrung bereits über den Richtwerten der WHO. Besonders schlimm sieht es wieder bei den Entgiftungs- und Ausscheidungsorganen Leber und Niere aus: In Rindernieren werden Cadmiummengen gefunden, die uns bei einer einzigen Mahlzeit soviel Schwermetalle bescheren, wie uns von der WHO in mehr als einem halbe Jahr zugemutet wird (Umschau 1978/8, S. 245). In einem Verordnungsentwurf von Höchstmengen von Schadstoffen in tierischen Lebensmitteln ist der Wert von 0,1 mg Cadmium pro kg vorgesehen. Sollte dieser Entwurf Gesetz werden, ist damit zu rechnen, daß Nieren nicht länger verkauft werden dürfen!

HInzu kommt, daß sowohl bei Cadmium als auch bei den anderen Schwermetallen eine gegenseitige oder durch andere Chemikalien hervorgerufene Wirkungssteigerung (Synergismus) angenommen werden muß.

Diese Tatsachen werden vom Gesetzgeber in der Höchstmengenverordnung völlig ignoriert. Vom medizinischen Standpunkt müßten die Chemikalien in Gruppen mit gleicher Wirkungsweise zusammengefaßt und addiert (in einigen Fällen auch multipliziert) werden, wie es in den USA und der UdSSR ansatzweise bereits geschieht.

Noch in der vorigen Generation kaufte man Fleisch und die meisten anderen Lebensmittel frisch auf dem Markt vom Händler oder direkt beim Bauern. Durch die Industrialisierung der Ernährungswirtschaft besteht beim Kauf kaum noch Kontakt zwischen Erzeuger und Verbraucher. Resultat: 20% aller Nahrungsmittel verderben bei Transport und Verteilung!



STINKENDE FÄULNIS

Aufgrund der schlechten Qualität gehen Fleisch und Wurstwaren heute schneller in stinkende Fäulnis über als früher. Verdorbene Lebensmittel sind aber nicht nur widerlich, sondern in hohem Maße gesundheitsschädlich. Trotz wesentlich verbesserter Hygiene geht die Zahl der bakteriell verursachten Lebensmittelvergiftungen heute nicht zurück. Diese Tatsache ist nur eine Folge der rigorosen Chemikalienanwendung und bewegungsarmen Massentierhaltung, die uns fast nur noch minderwertiges und weniger haltbares Fleisch beschert.

FLEISCHKOSMETIKUM

In der Frühzeit der Menschheit wurden Konservierungsmethoden wie das Trocknen (hat in Europa kaum Bedeutung), Räuchern, Salzen, und die natürliche Säuerung angewendet. Die wohl verbreiteste Konservierungsmethode ist das Einsalzen des Fleisches, das sogenannte Pökeln. Das Pökelsalz besteht aus Kochsalz (NaCl) und ca. 0,5 - 0,6% Natriumnitrit ($NaNO_2$). Die Verwendung der Chemikalie Natriumnitrit birgt mehrere Gefahren. Kopfschmerzen nach dem Verzehr von Pökelwaren sind dabei noch das kleinste Übel. Die eigentliche Gefahr kommt erst später: Das Nitrit setzt sich in Gegenwart der Magensalzsäure mit den in Fleisch, Fisch oder Käse natürlich enthaltenen Aminen und Amiden zu Nitrosaminen um, die zu den gefährlichsten bekannten Kresberregern gehören. Makaber wird es, wenn man erfährt, daß das Pökelsalz heute ausschließlich als „Fleischkosmetikum" zur Färbung (Fachausdruck: „Schönung" (!), „Umrötung") verwendet wird und daneben lediglich zur Bildung des charakteristischen Pökelaromas führt.

BLASS WIE WEISSWÜRSTE

Das Grauwerden bei längerer Lagerung im Ladengeschäft wird hinausgezögert und dem Käufer Frische vorgegaukelt. Aufgrund des beträchtlichen Gesundheitsrisikos ist die Verwendung von Nitritpökelsalz — zumindest im gegenwärtigen Umfang — nicht zu verantworten.

Unser Fleisch enthält z.B. das Dreifache der in den USA zugelassenen Höchstmenge an Natriumnitrit. Da in der BRD 95% aller Fleischwaren gepökelt werden (das entspricht 60% des geschlachteten Fleisches (Ernährungsbericht)), besteht für den Verbraucher kaum eine Möglichkeit, das sehr gesundheitsschädliche Nitrit von seinem Speisezettel zu streichen, wenn er nicht ganz auf Fleisch verzichten will. Als wirksamer Schutz gegen die gefährliche Nitrosaminbildung im Magen gilt heute ein erhöhter Vitamin-C-Konsum.

Daß es offenbar auch ganz ohne Natriumnitrit geht, zeigt das Beispiel Schweden, wo die Verwendung von Nitritpökelsalz generell verboten werden soll. Die bisher rot gefärbten („umgeröteten") Fleischwaren werden dann zwar blaß wie Weißwürste und ohne das künstliche Pökelaroma sein. Niemand erwartet allerdings heute von gebratenem Fleisch eine rote Farbe, und genauso werden wir uns im Interesse der Gesundheit an eine blasse Farbe von frischen Fleischwaren gewöhnen.

KALT, HEISS ODER SCHWARZ

Auch das Räuchern ist eine alte Konservierungsmethode. Nach der Räucherung enthalten das Fleisch und die Wurst allerdings unterschiedliche Mengen krebserzeugender Substanzen (aromatische Kohlenwasserstoffe). Der Gehalt schwankt je nach der Temperatur in den Glimmzonen des zur Raucherzeugung verwendeten Sägemehls in weiten Grenzen. Man spricht nach steigender Temperatur von Kalt-, Heiß- und Schwarzräucherung. Bei niedrigen Glimmtemperaturen liegen die Mengen des hauptsächlich entstehenden Benzpyrens unter dem 1973 festgelegten Grenzwert. Speziell in „südlichen Produkten" (Wiener Gselchte, niederbayrischer schwarzgeräucherter Schinken) beträgt das Gehalt an Benzpyren allerdings teilweise mehr als das 50fache (!) der erlaubten Menge. (Mittelwert: 9fache Menge.) Wie beim Pökeln steht auch beim Räuchern heute die Bildung eines typischen Geschmacks im Vordergrund. Wem's nicht zu schwer fällt, der sollte den Verbrauch einschränken. Von schwarzgeräucherten Produkten aus Bayern und Österreich ist allerdings wegen des sehr hohen Benzpyren-Gehalts abzuraten (Zahlen aus: Ernährungsbericht 1976, S. 195 f.).

Die Tiefkühlung könnte für Fleisch eine vorzügliche Konservierungsmethode sein — vorausgesetzt, die Kühlung erfolgt in wenigen Minuten auf -18 — -40° C, und während des Transports wird eine Temperatur zwischen -20 — 25° C eingehalten. Auf dem Weg zum Verbraucher kommt es allerdings häufiger vor, daß diese Temperaturen überschritten werden und die Ware auftaut, Wiedereingefrorenes kann man häufig an übermäßiger Reifbildung und gefrorenem Blutwasser unter der Plastikverpackung erkennen.

wesentlich höheren DDT-Gehalt als einheimisches Federvieh auf.

VITAMINE WERDEN ERHALTEN

Der Qualitätsabfall des Fleisches durch den Gefrierprozeß an sich ist sehr gering. So werden beim Schnellgefrieren und Langlagerung bei Temperaturen unter 18 °C die Vitamine ziemlich gut erhalten. Beim Auftauen gehen allerdings ca. 10% mit dem Tropfsaft verloren.

„KONSERVEN" – DIE SCHNELLE MAHLZEIT AUS DER BÜCHSE

Weitverbreitet zur Konservierung von Fleisch- und Wurstwaren ist auch die Sterilisation (Erhitzen auf 98 - 122° C). Die Haltbarkeit beträgt bei:

– Halbkonserven max. 6 Monate bei 5° C, z.B. gepökelter Schinken
– Dreiviertelkonserven 9 - 12 Monate bei ca. 15° C, z.B. Brühwürste
– Vollkonserven bis 4 Jahre bei 25° C, z.B. BW-Bestände.

Die Kehrseite dieser langen Haltbarkeit ist die Zerstörung eines Großteils der lebenswichtigen Stoffe durch das Erhitzen. Bei langen Haltbarkeitszeiten kann man davon ausgehen, daß die Konservenkost eventuell noch satt macht, ansonsten für den Körper aber ziemlich wertlos ist. Nach Umfragen werden Dosengerichte zwar von ca. 90% der Haushalte zwar gelegentlich benutzt, der große Durchbruch blieb uns hier aber bisher erspart. Gründe sind unkontrollierte Zutaten und Chemikalien zur Färbung, Eindickung usw. Eine Überschreitung der Lagerzeit kann oft durch die sog. Bombage festgestellt werden, d.h. Boden und Deckel werden infolge Überdrucks aufgetrieben.

Kontrolle und schärferen Gesetzgebung noch weitgehend entziehen, können wir zumindest bei der Zubereitung darauf achten, daß nicht noch mehr lebenswichtige Stoffe zerstört werden oder schädliche Substanzen entstehen. Bei jeder Zubereitung wird ein Teil der Nährstoffe zerstört. Werden allerdings 150° C nicht überschritten, so betrachten die Vitaminverluste „nur" 30-50%, bei höheren Temperaturen allerdings bis zu 80%. Die Fleischart ist dabei praktisch nicht von Bedeutung. Wird der Bratensaft mitverwendet, so sind die verschiedenen Garverfahren (Kochen, Dämpfen, Braten, Grillen) in Bezug auf Nährstoffverluste als ziemlich gleichwertig anzusehen.

Der Eiweißgehalt wird allgemein nur durch sehr hohe Temperaturen in Verbindung mit einer langen Garzeit beeinträchtigt. Aber nicht nur wegen der Nährstoffverluste sollte das Braten keinesfalls auf der höchsten Stufe erfolgen. Bei ca. 270-300° C können sich nämlich die Aminosäuren des Fleisches (und auch anderer Lebensmittel) in Mutagene **(Stoffe die Erbanlagen verändern) und Carcinogene (Stoffe, die** krebserregende Wirkung haben) verwandeln. Sogar Vitamine können auf diese Weise zu hochgiftigen Stoffen werden. Daher grundsätzlich: Lieber etwas länger bei tieferer Temperatur braten und Verkohltes in den Mülleimer!

Beim Grillen auf dem Holzkohlengriff kommen neben der übermäßigen Hitzeentwicklung durch den Rauch eine Reihe krebserregender Kohlenwasserstoffe (vor allem Benzpyren, siehe Räuchern) in das Fleisch. Der Gehalt ist hier allerdings wesentlich höher als bei geräucherten Fleischwaren. Zugelassene Benzpyren-Menge in Räucherwaren: 1 ppm, festgestellte Menge in auf Holzkohle gegrilltem Fleisch: 50 ppm.

Vom Standpunkt der Verwertbarkeit und der Bekömmlichkeit ist rohes Fleisch genauso ausnutzbar wie erhitztes. Die Gefährdung der Gesundheit ist beim Verzehr von erhitztem Fleisch allerdings auf jeden Fall erheblich geringer als bei rohem Fleisch, da ein Teil der den Menschen gefährdenden Mikroorganismen, Trichinen und Bandwürmer durch das Erhitzen zerstört wird.

- **bessere Ausstattung der Kontrollämter mit Geräten und Fachpersonal**
- **Nitritverbot**
- **Herabsetzung der gesetzlichen Schadstoff-Höchstgrenzen auf Werte, die der Gesundheit dienen und nicht Mißstände zementieren**
- **Erforschung der gegenseitigen Wirkungsverstärkung von Chemikalien.**



VERBRAUCHERTIPS

RISKANT
Leber und Nieren; Geflügel – besonders aus Ostblockländern; **Fleisch vom Holzkohlengrill**; Schinken mit Käse überbacken (starke Nitrosaminbildung); stark geräucherte Produkte
BEDINGT AKZEPTABEL
Kalbfleisch; Schweinefleisch; beide Fleischarten sollten nicht zu häufig genossen werden
EMPFEHLENSWERT
Schaffleisch (besonders billig von August bis November); **Rindfleisch**
WICHTIG: Hackfleisch, egal ob vom Rind oder Schwein, **muß zur Vermeidung** bakterieller Verseuchung **unmittelbar nach dem Kauf** angebraten werden!

An der Nahtstelle zwischen Erzeuger und Verbraucher bzw. Erzeuger und Weiterverarbeitungsindustrie steht die Fleischbeschau. Da gesetzlich geregelt ist, daß in der BRD jedes zur Schlachtung kommende Schwein oder Rind einer Fleischbeschau unterzogen werden muß, scheint hier auf den ersten Blick eine lückenlose Kontrolle sichergestellt.

Die Fleischbeschau gliedert sich in eine sogenannte Lebendbeschau, die, wie der Name schon sagt, bei der Anlieferung der Tiere, also noch im lebenden Zustand, durchgeführt werden muß, und die eigentliche Fleischbeschau, die in einer Untersuchung der bereits gehälfteten Tierkörper und der herausgenommenen Organe besteht. Doch bereits die Lebendbeschau (sie soll zum einen der Seuchenerkennung dienen, zum anderen aber auch aus „tierschützerischen" Gründen verhindern, daß „gestresste" Tiere zur Schlachtung kommen), die **sicherlich** bei gewissenhafter und korrekter Anwendung eine reelle Kontrollmöglichkeit wäre, wird durch die Praxis zur Farce degradiert, da die Kontrolle meist in der bloßen Anwesenheit des Tierarztes besteht. Bestenfalls wird um der Form willen und um dem Gesetz zu genügen aus mehreren Metern Entfernung ein Blick Richtung Schlachttier geworfen. Und selbst dem eifrigsten Praktikanten vergeht schnell die Lust, sich hier intensiver zu betätigen, wenn er von den Transportarbeitern nur angegiftet wird, daß er ihnen die Zeit stehle. Wer will es den Männern verdenken, die seit dem frühen Morgen unterwegs sind, um Tiere heranzuschaffen?!

Doch noch ein weiterer Grund spricht dagegen, daß die Tiere richtig untersucht werden: nicht alle Tiere, die am Vorabend des Schlachttages angeliefert werden, werden auch verkauft (und somit geschlachtet). Die nicht verkauften Tiere werden wieder aufgeladen und weitergekarrt. Nun gibt es aber einige Seuchen, bei deren Feststellung keines der bis zu diesem **Zeitpunkt** angelieferten Tiere mehr den Schlachthof verlassen darf, was eine empfindliche finanzielle Einbuße für den Händler darstellen würde. Wehe also dem Tierarzt, der es wagt, eine solche Krankheit zu diagnostizieren!

PRO STUNDE 10 000 TIERE

Vor allem bei Geflügel wird die Tiefkühlung in großem Umfang angewandt. 1972 betrug der Absatz in der BRD 458 000 t gefrorenes Geflügel. Der Verbrauch nimmt allerdings von Jahr zu Jahr ab, was vielleicht auf das Bekanntwerden der Produktionsmethoden zurückzuführen ist, die einem leicht den Appetit verschlagen können: In den Legebatterien sind die armen Viecher oft zu viert oder fünft in Drahtkäfige gesperrt, die allen zusammen nicht mal einen halben Quadratmeter Lebensfläche lassen. Anschließend geht es zur vollautomatisierten Massenschlachtung, die heute meist in sogenannten integrierten Unternehmen direkt neben den Geflügelfabriken stattfindet. Hier werden pro Stunde bis zu 10 000 Tiere geköpft. Danach folgt die mechanische Entfederung und die Kühlung im gemeinsamen Wasserbad. Aber gerade dadurch, daß sich alle Tiere in einem gemeinsamen Wasserbottich befinden, kommt es oft durch wenige mit Salmonellen infizierte Tiere zu einer Massenverseuchung aller Tiere. Das Ergebnis: Heute ist praktisch das gesamte Geflügel mehr oder weniger stark mit Salmonellen verseucht, wodurch es regelmäßig zu Vergiftungsfällen kommt.

BAKTERIEN WERDEN EINGEFROREN

Eine Änderung der Produktionsverfahren ist technisch kein Problem. Seit langem ist bereits bekannt, daß durch geeignete Methoden wie Sprüh-Entfederung und Sprüh-Luftkühlung eine Salmonellenübertragung verhindert werden könnte. Eine Änderung des Verfahrens scheitert lediglich am Profitinteresse der Produzenten. Leider werden vorhandene Bakterien auch beim Einfrieren nicht abgetötet, sondern nur mitkonserviert. Die polnische Landgans und das ungarische Pusztahuhn mögen zwar weniger bakteriell verseucht sein, weisen aber einen

STRAHLENDE KOTELETTS

Nach dem Motto: der technische Fortschritt gehört in jedes Haus, hat man uns 1965 die Strahlenkonservierung von Fleisch und anderen Lebensmitteln beschert. Diese Methode wird vor allem in den USA, der UdSSR und Kanada praktiziert. In der BRD ist die Bestrahlung von Lebensmitteln z.Z. noch verboten, Ausnahmen sind allerdings möglich. In den Lebensmitteln treten dabei Veränderungen auf, deren Risiko noch nicht voll übersehen werden kann. Auftretende Gefahren sind:

- Induzierte (erzeugte) Radioaktivität
- Bildung gesundheitsschädlicher Verbindungen
- Schädigung lebenswichtiger Inhaltsstoffe.

In einigen Staaten wurden bereits industriell angewendete Strahlenkonservierungs-Methoden wieder eingestellt und auch von den Gesundheitsbehörden verboten.



TIPS FÜR DIE ZUBEREITUNG

Auch wenn sich die Produktion und Verarbeitung des Fleisches in den Fabriken einer notwendigen durchgreifenden

SCHWACHPUNKT FLEISCHBESCHAU

Eigentlich sollten wir durch die Fleischbeschau (amtliche Untersuchung auf Salmonellen, Trichinen, Finnen und Tuberkelbazillen) vor unliebsamen Überraschungen sicher sein. Allerdings erfolgt eine Untersuchung auf nicht minder gefährliche Bakterien nur bei Vorliegen eines Krankheitsverdachts. Da aber das Fleisch für 3/4 aller Lebensmittelvergiftungen verantwortlich ist, müßte dringend auch eine generelle Untersuchung auf Bakterien erfolgen. Oft ist es allerdings den amtlichen Fleischbeschauern nicht einmal möglich, die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen durchzuführen, da sie in den Schlachthöfen derartig unter Druck gesetzt werden, daß sie schon mal ein Auge zudrücken müssen, und verseuchtes oder minderwertiges Fleisch die Kontrollen passiert. Nach den Erfahrungen eines Hamelner Tierarztes „gibt es viele Möglichkeiten, Tierärzte einzuschüchtern und zu erpressen."

BRÜH– UND ANDERE WÜRSTCHEN

Das Fleisch, das für den menschlichen „Genuß" noch einigermaßen tauglich ist, das aber niemand kaufen würde, kommt in die Wurst. Sie enthält bis zu 50% Fett, außerdem Blut und Innereien, also das Gekröse, Hirn, Herz, Euter, Leber, Knorpel (Schweinsohr), Milz, Nieren, Rindermagen, Sehnen, Zunge, Schwarten, Kopf- und Beinhäute und, um dem Ganzen eine charakteristische Note zu geben, schließlich noch Gewürze, CHemikalien und Wasser.

Bei der Herstellung von Brühwürsten wird der Wurstmasse eine bestimmte Menge Eis oder kaltes Wasser zugesetzt, um die gewünschte Saftigkeit zu erzielen. Damit dieses Wasser von der Wurstmasse gebunden wird, benötigt man schlachtwarmes Fleisch, das allerdings wegen des Transports zwischen Schlachthof und Metzgerei heute nicht mehr zur Verfügung steht. Doch auch hier haben die Fleisch- und Wurstproduzenten das Problem chemisch gelöst: Man erhöht das Wasserverbindungsvermögen durch Zusatz von Phosphat und organischen Salzen. Da diese Stoffe z.T. auch in den Zellen des Muskels der Tiere vorkommen, hat man auf eine Kennzeichnung großzügig verzichtet.

Vor allem in Städten hat man als Fleischesser so gut wie keine Möglichkeit, Fleisch von gesunden Tieren zu kaufen. Wer aber trotzdem nicht auf sein Gulasch oder Kotelett verzichten will, der kann zumindest bei der Auswahl des Fleisches die am stärksten verseuchten Tiere meiden.

Ein wirkungsvoller Schutz vor Giftstoffen im Fleisch kann allerdings nur durch eine grundlegende Änderung der heutigen Tierhaltung erreicht werden. Das Fleisch von gequälten, kranken Tieren kann kaum gesund für den Menschen sein. Aber leider stehen auch bei der Herstellung von Nahrungsmitteln die Profitinteressen vor dem Schutz des Verbrauchers!

NOTWENDIGE MASSNAHMEN

- **Abschaffung der Massentierhaltung**
- **drastische Einschränkung des Chemikalieneinsatzes**

FLEISCHBESCHAU

Bericht von einer Famulatur im Schlachthof

Auch mit dem tierschützerischen Gedanken ist es nicht weit her. Ganz abgesehen einmal von den katastrophalen Transportbedingungen, die durch mehrfaches Verladen zum Teil noch erheblich verschlimmert werden, mutet es einen fast wie im Zirkus an, wenn besonders die Rinder aus mehr als einem Meter Höhe und zum Teil noch mit verbundenen Augen aus dem Transportwagen springen müssen, nur — die Akteure machen es unfreiwillig, und die Lacher fehlen. Allenfalls die Fahrer schimpfen, weil ihnen der Kot um die Ohren spritzt.

Eine Kuh mit gebrochenem Bein wird angeliefert. Ich frage, ob das Tier nicht sofort geschlachtet werden kann. Nein, es gehört ja noch dem Händler und nicht dem Metzger, außerdem ist eine Einzelschlachtung zu aufwendig und zu teuer! Dann aber ein schmerzstillendes Mittel für die Nacht? Nein, das gibt Rückstände im Fleisch. (In Wahrheit existiert nicht ein einziges Mittel zur Behandlung auf dem ganzen Schlachthof.) Dann wenigstens einen Stützverband zur Ruhigstellung? Nein, das ist zuviel Arbeit. Aber wenn Sie selbst gerne üben wollen, bitte ! — Ein Einzelfall?

Am nächsten Morgen werden die Tiere dann betäubt, entblutet (man kann auch „abgestochen" sagen), enthäutet bzw. entborstet, dann die Organe herausgenommen und schließlich halbiert. In diesem Zustand werden Körperhälften und Organe dann „untersucht" — alles am Fließband. Rein rechnerisch bleiben für die Untersuchung eines Schweines ca. 1 1/2 Minuten, für die eines Rindes ca. 2 1/2 bis 3 Minuten. Natürlich ist es in dieser Zeit gar nicht zu schaffen, alle laut Gesetz vorgeschriebenen Untersuchungen durchzuführen, bzw. bei den zum Teil nur noch pro forma angelegten Schnitten genau hinzusehen. Es passiert dann nicht nur einmal, daß an der einen Schweinehälfte eine Lymphknotentuberkulose gefunden, an der anderen aber übersehen wird. Doch selbst wenn die veränderten Teile gesehen werden und abgeschnitten werden sollen, stößt das häufig noch auf Schwierigkeiten. So ist zum Beispiel bei dem am häufigsten angewandeten Schweineschlachtverfahren, bei dem die Schweine nach dem Entbluten gebrüht werden, damit die Borsten besser abgehen, regelmässig die Lungen voller Brühwasser, denn die Tiere werden hierbei ganz untergetaucht und es kommt fast immer reflektorisch noch zu Einatmungsbewegungen. Nun könnte man dies zwar durch Verwendung eines Rachenkolbens verhindern, doch das ist zu zeitaufwendig und zu teuer.

Solchermaßen veränderte Lungen müssen laut Gesetz beschlagnahmt und vernichtet werden, doch selbst diese mit Kot, Dreck und Haaren schon sichtbar verschmutzten Organe sollen noch verkauft werden, denn aus ihnen läßt sich ja noch Geld machen. So patrouilliert der Metzger denn wachsamen Auges am Band entlang und bewacht „seine" Lungen!

Unsere Versuche, hier in der Praxis etwas zu verändern, waren weitgehend zwecklos, denn: noch in lebendem Zustand wechselt das Schlachtvieh den Besitzer, gehört also jetzt dem Fleischgroßhändler oder Metzger. Der läßt nun seine Tiere schlachten, wobei die Tiere aber zu keinem Zeitpunkt seinem Zugriff entzogen sind. Der Schlachthof erfüllt also eigentlichh nur Dienstleistungen mit Kontrollfunktion. Die Tiere müssen zwar untersucht werden, doch welchen Schlachthof sich der Besitzer aussucht, ist ihm überlassen, und so spielt er gekonnt den einen gegen den anderen aus, getreu dem Motto: Wenn Du meine Lungen abschneidest, gehe ich woanders hin! Das hätte jedoch wieder für die am Schlachthof Beschäftigten (Tierärzte wie Kopfschlächter) fatale Folgen, denn sie werden außer dem Grundgehalt auch nach Stückzahl bezahlt, und wer will sich schon den eigenen Geldbeutel beschneiden?!

Außerdem: in der Leberwurst sieht man solche Lungen doch gar nicht mehr, und wer es weiß, der ißt sie halt nicht mehr, und wer es nicht weiß. . .

Na also, es klappt doch mit dem Verdienen!

Die Kölner Katalyse-Gruppe, die den Fleisch-Artikel verfaßt hat, hat eine Broschüre herausgegeben, in der ausführlicher und mit Literatur- und Quellenangaben über Chemie in Lebensmitteln (Milch, Obst, Gemüse, Getränke, Brot, Fisch, Fleisch, Süßigkeiten) berichtet wird. Die Broschüre kann bezogen werden über Katalyse-Umweltgruppe Köln, c/o Kölner Volksblatt, Palmstr. 17, 5000 Köln 1.

SCHWERPUNKTNUMMER geplant

HESSEN ATOMLAND NR. 1 ?

Wir erstellen aus aktuellem Anlaß kurzfristig eine Schwerpunktnummer „ HESSEN - Atomland Nr. 1 der Bundesrepublik ? ", angeregt und mitgetragen von den Anti-Atom-Dorf-Bewohnern in Frankfurt - Fechenheim.
Wir sind interessiert an einer breiten Beteiligung (Bilder, Themen, Herstellung).
Ein Termin für Interessierte ist am Montag 4. 8. '80, 18 Uhr beim ID vorgesehen.

Bisher sind als Themen im Gespräch:

* Bedeutung und Leben im z. Zt. einzigen Anti-Atomdorf Deutschlands (in Ffm-Fechenheim.
* Verankerung im Umkreis
* Gedanken zu den 3 Besetzungen im Frankfurter Raum: B 8 im Taunus, Besetzerhütte gegen Flughafenerweiterung, Fechenheim
* Standortsicherungsplan Hessen
* Biblis und andere Standorte
* Atommüll und Lagerung
* Energieproduktion und Verbrauch
* Atomwaffen und sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie
* Kontaktadressen von AKW-Gegnern, Verbänden, Zeitschriften, Herbsttermine, Literatur etc.

KONTAKT: ID, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/ 70 43 52

Unser/e heißgeliebte/r Leser/in und Schreiber/in
Wenn du nächste Woche (4.-10. August) keine neue ID-Nummer findest - wo immer du sie auch suchst - wird nur daran liegen, daß wir sie nicht machen werden. (Grund: Redaktions-Entschrottungsaktion, Rechnungs-Mahnungsaktion und allgemeines Erholungsbedürfnis) Wie es dann weitergeht; siehe nebenan.

P.S. Den Redaktionschluß für die Schwerpunktnummer „Alternativpreise" haben wir auf den 15. September verlegt. Ihr Käufer, Verkäufer, Produzenten, wir warten sehnlichst auf Eure Betroffenberichte.

WIRTSCHAFTSMINISTER KARRY – "EIN UNTRAGBARES SICHERHEITSRISIKO"

Zum zweiten Mal binnen kürzester Zeit hat der hess. Wirtschaftsminister Karry (FDP) die Regeln des sog. Rechtsstaates mit Billigung des hess. Ministerpräsidenten Börner (SPD) kaltschnäuzig außer Kraft gesetzt. Wie bereits für die Frankfurter Stadtautobahn hat der Atom- und Betonminister nun die Baugenehmigung für die Erweiterung des Frankfurter Flughafens um die Startbahn 18 West (siehe ID 340) mit "sofortiger Vollziehbarkeit" trotz schwebender Verwaltungsgerichtsverfahren angeordnet! 400 ha Wald und Millionen Bäume werden diesem Projekt zum Opfer fallen und der Lebensraum von 200 000 Menschen in dieser Region ungeachtet aller Einwände der umliegenden Gemeinden und wissenschaftlicher Gutachten bedenkenlos aufs Spiel gesetzt.

Wir, die Besetzer des ebenfalls von Wirtschaftsminister Karry (FDP) geplanten Kraftwerkstandortes Frankfurt-Fechenheim sehen in diesem Planungsterror einen skandalösen Mißbrauch der Macht dieses Amtes. Nach dem hess. Standortsicherungsplan und den Atomplänen der Landesregierung, der kriminellen Betonpistenplanung auf Frankfurter Stadtgebiet ist dies ein weiterer Anschlag auf unser aller Leben und Gesundheit! Dieser Wirtschaftsminister Karry (FDP) hat sich als ein untragbares Sicherheitsrisiko für ganz Hessen entpuppt!

Deshalb unterstützen wir die Besetzung des Baugeländes am Flughafen und den Widerstand der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung mit aller Kraft. Wir verlangen mit ihnen:

** kein Bau der Startbahn 18 West;
** die sofortige Zurücknahme der angeordneten Baugenehmigung;
** die sofortige Entfernung des hessischen Wirtschaftsministers Karry (FDP) aus seinem Amt;
** aktive Bürgerbeteiligung an allen Planungen von Anfang an!

Denn unsere Parlamente nehmen ihre vermeintliche Kontrollfunktion im Sinne der betroffenen Bürger offenbar nicht genügend wahr. Und wenn dieses Beispiel Schule macht, ist es um unsere und die Zukunft Hessens schlecht bestellt. Daher nehmen wir sie besser selbst in die Hand!

Aus diesem Grund wird sich die Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen in unserem Raum weiter verstärken. Auf dem besetzten Gelände des geplanten Kraftwerkstandortes in Frankfurt Fechenheim tagt am Samstag, den 23. 08. 80 die Gesamtkonferenz aller hessischen Bürgerinitiativen und wird dort gemeinsame Aktionen gegen lebensbedrohende Umweltzerstörungen überall in Hessen beraten.

Wir alle haben ein Recht auf Leben in einer intakten Umwelt. Dieses Recht werden wir verteidigen - gegen jede Bedrohung und mit aller Kraft! Der Kampf hat erst begonnen!

Die Besetzer
des geplanten Kraftwerkstandortes Frankfurt - Fechenheim
im Mainbogen hinter dem Ruderclub

**Kontakt: BI Fechenheim c/o Starkenburgerstraße 84
6000 Frankfurt 61/ Tel.: 0611/ 42 10 49**



Waldbayerblatt erschienen

Eine Zeitung für Passau,Niederbayern und Umgebung mit Beiträgen u.a. über Drogen,Gedichten und Karrikaturen bekamen wir zugeschickt.
Wer's bestellen will:

**Kontakt: Georg Damböck
Kapuzinerstr. 25
839 Passau**

Wissen Sie, daß .....
ein Baum Jahr für Jahr ca. 70
Menschen mit Atemluft versorgt,
- jeder 30 - 40 qm Grünfläche in Woh-
nungnähe zum Leben braucht (klima,
Luft, Erholung)
Trotzdem aber ......
- in den letzten 40 Jahren 3.000 Hektar
Äcker, Wiesen, Gärten (das sind 6 000
Fußballplätze) zuStrassen wurden

SEIN PROTEST ERFORDERT DIE AUFMERKSAMKEIT ALLER

Seit dem 19. Mai 1980 befindet sich Martin Meehan aus Ardoyne in Belfast im Hungerstreik, um damit gegen das ihn ergangene Urteil und die dabei angewandten Praktiken der britischen Okkupanten zu protestieren.
Martin Meehan war im April zu 12 Jahren Haft verurteilt worden, obwohl von mehreren Zeugen eindeutig entlastet, soll er an einem Kidnapping eines Informanten der britischen Armee beteiligt gewesen sein.
Sinn Fein schreibt in einer in Dublin veröffentlichten Erklärung:
„Martin Meehan ist ein sehr bekannter und geschätzter Genosse in seiner Heimatstadt Belfast, in der er seit den Tagen der Civil Rights - Bewegung aktiv ist. 1971 war es ihm gelungen, aus dem



Crumlin Road-Knast abzuhauen. 1975 war er der letzte Internierte, der aus Longkesh entlassen wurde, als die jüngste Phase der der Internierungsphase der Briten ein Ende hatte.
Er ist einer jener vielen, die unter der britischen Herrschaft zu leiden haben; sein Protest erfordert die Aufmerksamkeit aller."
Heute ist Martin Meehan wieder in Long Kesh. Seit seiner Verurteilung sitzt er in einem der H-Blocks,(...).
Sinn Fein schrieb uns, daß wir nur über den Druck internationaler Öffentlichkeit etwas erreichen werden.
Nicht nur im Falle Martin Meehan, sondern bei allen Gefangenen.
Kontakt: WISK, Postfach 35 6370 Oberursel 5

IRLAND ATOMLAND?

Anti-nuklear Power Show in Carnsore Pt.

Heidelberg, Juli 80

Tourismus ist eine der größten Einnahmequellen in Irland überhaupt, und wenn man schon als Linker (was'n das, ID) hinfährt, dann sollte man wenigstens Bescheid wissen, was für Verhältnisse sich hinter dem Image von der irischen Kneipengemütlichkeit tatsächlich verbergen.

"Was, jetzt wollen die in Irland auch schon Kernkraftwerke bauen?" Das war meistens die erste Reaktion, wenn ich von Irland erzählte. Die schon dort waren, hatten da ganz andere Bilder im Kopf: Grüne Wiesen, liebliche Landschaften, verschlafene kleine Landstädtchen, gemütliche Kneipen und das dickflüssige schwarze Guiness natürlich.

In den Sechzigern, und noch weit in die siebziger Jahre hinein, stimmte das Bild auch einigermaßen. Irland war ein Agrarland, ländlich – idyllisch, hauptsächlich interessant als Touristenattraktion und für Leute, die ihren Lebensabend in aller Ruhe verbringen wollten. Entwickelte Industrie und Infrastruktur (Handel, Verkehr, Verwaltung) gab es kaum, Umweltverschmutzung war unbekannt (und dort, wo sie vorkam, wußte man nichts davon). Dafür gab es saubere, täglich vom Regen gewaschene Luft und einen Lebensstil, dem unsere Zivilisationshektik fremd ist.

Natürlich ist das alles ein wenig durch die rosa-rote (Touristen-)Brille gesehen, wie sie auch heute noch vom BORD FAILTE (Touristen–Ministerium) unter die Leute gebracht wird. Seit dem Eintritt in die EG jedoch hat sich einiges grundlegend verändert. Niederlassungen ausländischer Betriebe schossen überall wie Pilze aus dem Boden, und machten auch genauso schnell wieder dicht, wenn sich die Steuerpolitik der Regierung nach ein paar Jahren zu ihren Ungunsten auswirkte. 7 Jahre steuerfrei wurde jedem Kapitalist angeboten, der in der Republik investieren wollte!

Auch die Bauern bekamen die EG zu spüren. Bekamen sie anfangs noch Zuschüsse für die Umstellung ihrer Betriebe auf EG-Niveau, so sind sie nun von jeder Änderung der EG-Standards direkt betroffen. Von Jahr zu Jahr kann das Umstellung des Betriebes, oder sogar Aufgabe bedeuten...

Die Hauptentwicklung jedenfalls, die sich hier abzeichnet, ist, daß Entscheidungen, die irische Interessen vital betreffen, nicht mehr in Dublin sondern in Brüssel oder Straßburg getroffen werden.

Mit der ATOMINDUSTRIE ist das auch nicht anders. Irland hatte ganz recht, sich so lange wie möglich aus dem Atomgeschäft herauszuhalten. Aber mit zunehmender Eingliederung in die EG, wurde der Druck auf Irland immer grösser, sich doch am europäischen Atomkarussel zu beteiligen. Die irische Regierung selber war darüber sehr gespalten: war einerseits gar kein Geld für eine Investition dieses Ausmaßes da, so lockte andererseits die Aussicht auf "wirtschaftliche Attraktivität" durch eine hochleistungsfähige Energiequelle. So wurden zwar Pläne gefaßt, aber immer wieder fallengelassen, oder auf unbestimmte Zeit verschoben (eine typisch irische Verfahrensweise!!).

Diesem Zustand machte erst die Absatzkrise im Reaktorbau ein Ende. Nun plötzlich übten die europäischen Regierungen, besonders die BRD und Frankreich, massiven Druck auf Irland aus.
Und die irische Regierung antwortete auch prompt mit einem ganzen Atomprogramm, das 4 - 5 Reaktoren umfassen sollte, allerdings über die Köpfe des Parlaments hinweg und ohne die betroffene Bevölkerung davon zu informieren. Die Sache

wurde erst ruchbar, als Vermesser bereits den Bauplatz absteckten und die ersten Kaufverhandlungen mit den Bauern geführt wurden. In CARNSORE POINT, einem friedlichen Fleckchen am S-O-Zipfel Irlands, sollte das erste KKW errichtet werden.

Das blieb jedoch nicht lange unwidersprochen. Bald fanden sich eine ganze Reihe von "anti-nukes", die sich besser auskannten, als die Spezialisten der Regierung. Die Regierung konnte kaum öffentlich auftreten, ohne auf massiven Widerstand zu stoßen und deutliche Niederlagen einzustecken.

Der entscheidende Anstoß für die Bewegung war das erste Fest in CARNSORE POINT. Praktisch aus dem Nichts heraus entstand ein Ereignis, an dem ca. 10.000 Menschen teilhatten. Dutzende von Folk- und Rockgruppen boten unentgeldlich ihre Mithilfe an, so daß, was eigentlich als Anti-AKW-Fest geplant war, zu einem der größten Musikfestivals im Lande wurde. Das war 1978. Seither haben sich viele örtliche Gruppen gebildet, regelmäßig finden überregionale Treffen statt, wo man sich über neue Entwicklung und über die künftige Politik der Bewegung einigt.

Seit dem letzten Jahr nun kamen zu der Gefahr durch ein AKW noch weitere dazu: An mehreren Stellen Irlands wurde URAN gefunden. Die Presse war natürlich sehr optimistisch über diese unerwartete Quelle neuen "Reichtums" ...

Tatsache ist jedenfalls, daß viele der Stellen bereits seit 1971 bekannt sind. Damals führte RIO TINTOZINC, ein kanadischer Multinational, eine "General Survey" (Sichtung) von Bodenschätzen durch. Allerdings waren die Befunde damals wegen zu geringer Konzentration nicht interessant. Nun aber, mit steigenden Uran-Preisen, einer allgemeinen internationalen Instabilität und einer starken Anti-Atom-Bewegung in allen Teilen der EG, scheint Irland als Uranquelle für die EG wieder interessant zu werden.

Außerdem gibt es Gerüchte, daß auch hier ein ENDLAGER eingerichtet werden soll — gar nicht weit von Dublin — welches den ganzen Atomschrott der EG aufnehmen soll. Allerdings, auch hier gibt es Widerstand. Am weitesten fortgeschritten sind die Probebohrungen in FINTOWN, einer kleinen Gemeinde im rauhen Norden Irlands, in Donegal. Dort war die örtliche Bevölkerung, die zum größten Teil arbeitslos und ohne Zukunftsperspektive ist, zunächst eher erfreut über die Aussicht, Industrie, Entwicklung etc... in diese abgelegene Gegend zu bekommen. Dies schlug aber sehr schnell ins Gegenteil um, als die gesundheitlichen Gefahren der Uranausbeutung bekannt wurden. Und als die Prospektoren zu Probebohrungen eintrafen, da fanden bereits die ersten Proteste statt, die diesen Herren ganz eindeutig klarmachten, daß sie hier nicht erwünscht waren.

Bei jüngsten Ereignissen, kurz vor Ostern, mußten sogar ein Bagger und eine Bauhütte dran glauben. Unter allgemeinem Beifall wurde aus den Markierungsfahnen ein Scheiterhaufen errichtet und angebrannt...

Es ist noch keine Zeit, darüber Prognosen anzustellen, aber es ist doch möglich, daß der kürzlich stattgefundene Regierungswechsel einigen Unterschied für die Atompolitik der Regierung machen wird. Ein unmittelbares Ergebnis ist zumindest, daß der Bau des AKW erst mal auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. (Sicher bedingt durch HARRISBURG und die plötzliche Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit für das Thema.)

Ein weiteres günstiges Zeichen ist die großzügige Bewilligung für WIND POWER Projekte an der Westküste Irlands. Hier ist, nach Experten, eine der besten Gegenden für Windausnutzung in ganz Europa gegeben. Allerdings wurde das von der Regierung bislang hartnäckig ignoriert. Frage ist nur, ob die neue Regierung lediglich etwas Zeit gewinnen will, um die erregten Gemüter zu beruhigen, oder ob sich hier langfristig ein Umdenken abzeichnet.

Positiv war auch eine kritische Berichterstattung in den Medien. So platzte Harrisburg mitten in die Diskussion um Atomprogramm hinein. Besonders peinlich war, daß der für CARNSORE geplante Reaktor mit dem Harrisburg Reaktortyp identisch ist, und die Herstellerfirma WESTINGHOUSE besonders mit einem guten Ruf für SICHERHEIT Reklame machte. Sehr populär war auch der Film "CHINA SYNDROME", der einen Unfall à la Harrisburg in allen Einzelheiten schilderte. Er ging halt nicht über die Tatsache hinaus, daß in Kernkraftwerken auch mal was schiefgehen kann, aber immerhin wurde er in vielen Kinos auf dem Land gezeigt und hat viele Leute zum Nachdenken angeregt.

Bei einer Umfrage, die jüngst durch ein paar "anti-nukes" in Dublin durchgeführt wurde, wandten sich rund 70 % der Befragten gegen eine Versorgung Irlands mit Kernenergie. Ihnen ist die Errichtung eines Kernkraftwerkes in Irland auf lange Sicht einfach zu riskant und außerdem wollen sie sich ihre Natur nicht atomar verseuchen lassen!

Carnsore Pt. 16. — 18. August 80

Wie in den vergangenen zwei Jahren wird auch dieses Jahr wieder ein AKW—Nein—Fest in Carnsore Point stattfinden. Allerdings möchte man aus der Diskussion der letzten Jahre endlich die Konsequenz ziehen, und diesmal nicht einfach ein alternatives FOLK- und ROCK FESTIVAL veranstalten, diesmal sollen vielmehr die Inhalte und Ziele der Bewegung, die Mittel und Formen ihrer Politik zum Ausdruck kommen.

Aus diesem Grund sind auch alle Leute aus dem Ausland, die am Festival aktiv teilnehmen wollen, schon zu einem ARBEITSCAMP eingeladen, das in der Woche vor dem Festival stattfindet. Dabei soll die Arbeit auf dem, Platz — Erdarbeiten, Bühne, Strom, Toiletten, evtl. "Besetzerhäuser" — mit einer internationalen Diskussion über den Stand der Bewegung in ganz Europa verbunden werden. (ab 11.) Das eigentliche Festival läuft erst am Wochenende vom 16.— 18. August. Es werden schon viele bekannte Musiker spielen, aber die Musik soll halt nur EIN Festivalbeitrag unter vielen sein. Wahrscheinlich wird es am Nachmittag Workshops, Diskussionen und Vorträge geben, und gegen Abend dann Musik.

Wie man hinkommt? Ganz einfach. Wenn ihr mit der Fähre von Le Havre in Rosslare Harbour ankommt, dann ist es gar nicht mehr weit, man kann es fast laufen. Wenn ihr schon in Irland seit, müßt ihr halt nach WEXFORD herunterfahren, von dort kann euch dann jeder den Weg sagen. Ansonsten: bringt eine vollständige Ausrüstung mit, auf dem Platz ist jeder Selbstversorger. Es gibt zwar Lebensmittel etc. auf dem Platz, aber das nächste Dorf, bzw. der nächste Laden ist meilenweit entfernt.

Wer mehr über Irland erfahren möchte, der soll sich an die IRLANDGRUPPE wenden. Dort gibt es Infos zur Geschichte des irischen Befreiungskampfes ab 1971 bis heute. Jetzt gibt es auch einen ALTERNATIVEN REISEFÜHRER für Irland. Er ist für 6,50 DM bei der Irlandgruppe erhältlich.

Irlandgruppe Heidelberg, c/o Dieter Poschen, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

ID No. 344

WIEDERVERKÄUFER/BUCHLÄDEN: SCHICKT BEI REMISSIONONEN nur diese Ecke EIN UND VERSCHENKT DEN REST AN EINEN DER 59.997.000 NOCH-NICHT-ID-LESER !!!!!!!

Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
D 1870 C
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nr. 344

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

HERAUSGEBER:
FRANKFURTER INFORMATIONSDIENST e.V.
HAMBURGER ALLEE 45 6 FRANKFURT 90
TEL.: 0611/704352
ID-BILDERDIENST TEL.: 0611/702096
VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:
Waldemar Schindowski
Redaktionsschluß: Mittwoch 16⁰⁰ Uhr

INHALTSVERZEICHNIS


That work's fine